

**»Salz der Erde!? –
Ich als Christin, ich als Christ
in meiner Gemeinde für unser Land«**

Christliche Verantwortung für die Demokratie

Vom 27. bis 28. Januar 2012
im Ferienland Salem
am Kummerower See

Impressum:

Herausgeber: AG TEO

»Kirche stärkt Demokratie« (V.i.S.d.P.)

Bischofstr.4

19055 Schwerin

www.teo-kist.de

Redaktion: Karl-Georg Ohse

Fotos: Christina Blohm, Antje Augustin

Layout: Antje Hubold, www.ani-grafik.de

Gelingende Demokratie braucht aktive und mündige Bürgerinnen und Bürger. Menschen, die sich konstruktiv einbringen, die um den besten Weg ringen und andere Mitmenschen auf diesen Weg mitnehmen. Christinnen und Christen sind in besonderer Weise gefordert, wenn es darum geht den Werten des Grundgesetzes vor Ort Geltung zu verschaffen, sich für die Würde aller Menschen einzusetzen und demokratische- und fremdenfeindlichen Einstellungen entgegenzutreten.

Denn: Demokratie fällt nicht vom Himmel.

Das Projekt »Kirche stärkt Demokratie« richtet sich an:

Haupt- und Ehrenamtliche in den evangelischen und katholischen Gemeinden in Mecklenburg und Vorpommern, Kirch- und Pfarrgemeinderäte

Initiativ- und Basisgruppen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kirchlicher Einrichtungen, Schulen, Kindergärten, Diakonie und Caritas.

Durch Fortbildungen, Projekte und Kooperation werden Handlungskompetenzen erweitert und der Blick auf neue Möglichkeiten demokratischer Kultur inner- und außerhalb von Kirchengemeinden gerichtet.

Insbesondere unterstützen wir durch:

Fortbildungen zu Partizipation, Menschenrechten, Umgang mit menschenfeindlichen und totalitären Strömungen

Beratung und Begleitung von lokalen Veranstaltungen und Projekten, die Kirche, Gemeinwesen und Schule zusammenführen

Bereitstellung themenorientierter Materialien

Fach Austausch zwischen »Theorie« und »Praxis« durch Netzwerktreffen und Fachtage

Das Projekt »Kirche stärkt Demokratie« wird aus dem Programm »Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesministeriums des Innern gefördert.



Am 27. und 28.01.2012 fand in Salem die Fachtagung »Salz der Erde!« statt. 70 ehren- und hauptamtliche MitarbeiterInnen aus der evangelischen oder katholischen Kirche, Einrichtungen aber auch politisch interessierte Menschen waren der Einladung der AG TEO (Tage Ethischer Orientierung) in die Mecklenburgische Schweiz gefolgt, um über das Verhältnis und Engagement von ChristInnen in der demokratischen Gesellschaft nachzudenken, sich gegenseitig zu inspirieren und Chancen der Kooperation mit Kommunalpolitik, Medien und Beratungsangeboten für die kirchliche Arbeit zu nutzen.



Die Tagung war der offizielle Auftakt des Projekts »Kirche stärkt Demokratie«. Seit dem 1. September 2011 hat die AG TEO das Projekt in seiner Trägerschaft. »Kirche stärkt Demokratie« möchte das Thema Demokratie in unterschiedlicher Weise in Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen einbringen, um die Verantwortung und das Engagement für Menschenwürde und gegen antidemokratische Einstellungen befördern. Ein Anfang war und ist das »Würdeprojekt«, das in vielen Gemeinden und Schulen umgesetzt wird.



Die Tagung wurde zur Standortbestimmung angesichts zunehmender Entfremdung zwischen »denen, da Oben« und »denen, da Unten« und versuchte, die Rolle und das politische Selbstverständnis unserer Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern zu diskutieren, denn: Kirche kann und darf nicht schweigen, wenn Menschen Opfer von Rassismus und Diskriminierung werden. Nächstenliebe verlangt Klarheit, wenn Menschen ausgegrenzt und zu Sündenböcken deklariert werden. ChristInnen sind gefragt, wenn es darum geht gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu benennen und sich konstruktiv in die Politik einzumischen.

Die Tagung war so angelegt, dass neben wissenschaftlichen Reflexionen vor allem praktische Beispiele und Methoden für den Alltag weitergegeben werden und Zeit für Austausch und Information blieb.

Ohne die großartige Unterstützung des TEO-Teams und des Ferienlands Salem wäre die Tagung kaum so durchführbar gewesen. Ihnen, sowie allen ReferentInnen, WorkshopleiterInnen und unserem Entertainer Axel Schulz sei an dieser Stelle herzlich gedankt!



Absagen von Referenten machten immer wieder Änderungen im Programm notwendig. Umso schöner war, dass sich spontan Professor Titus Simon und Otto Herz bereitfanden, einzuspringen. Beide haben mit ihren Vorträgen wichtige Diskussionen angestoßen

Dank der Förderung aus dem Bundesprogramm »Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesministeriums des Innern konnte die Tagung nicht nur inhaltliche Akzente setzen, sondern auch atmosphärisch den dafür notwendigen Rahmen bieten. Dabei stand uns die Regiestelle aus der Bundeszentrale für politische Bildung in Person von Frau Lan Böhm hilfreich zur Seite.



Jede Tagung lebt von den TeilnehmerInnen. Alle, die in Salem dabei waren, haben mit ihrer Offenheit und Diskussionsfreudigkeit zum Erfolg beigetragen und uns darin bestätigt, weiterhin ähnliche Veranstaltungen zu organisieren.

Die Dokumentation fasst die wichtigsten Ergebnisse und Eindrücke der Fachkonferenz zusammen. Soweit uns die Referate vorliegen, sind sie hier abgedruckt. Außerdem sind die uns zugänglichen Medienberichte dokumentiert.

Diese müssen nicht immer den Ansichten der VeranstalterInnen entsprechen.



Freitag, 27.Januar 2012:

- Ab 16.00 Uhr Ankommen, Anmelden, Anfangen
- 17.00 Uhr Begrüßung
Wolfgang v. Rechenberg, Leiter AG TEO
- Grußworte
Ministerin Uta-Maria Kuder
Lan Böhm, Bundeszentrale f. politische Bildung
- 17.30 Uhr »Enttäuschte Liebe?« oder warum es nicht leicht ist,
demokratisch zu sein.
Moderierter Austausch
- 18.30 Uhr Abendessen
- 19.30 Uhr »Blühende Landschaften, welche Demokratie?«
Eine Zustandsbeschreibung
Prof. Dr. Titus Simon, Hochschule Magdeburg-Stendal
- 21.00 Uhr Nachtcafé:
»Anpassen oder Widerstehen« –
Widerstand in der DDR.
- Lesung und Diskussion mit Roman Grafe,
Autor und Journalist
- parallel: Vorstellung »Präventionskoffer«,
Bettina Evert, Hamburger Schulmuseum

Grußwort

von Frau Uta-Maria Kuder, Ministerin der Justiz Mecklenburg-Vorpommern



Sehr geehrter Herr Ohse, sehr geehrter Herr von Rechenberg, sehr geehrte Frau Böhm, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ihrer Einladung zur Fachtagung »Salz der Erde« bin ich gern gefolgt; gibt sie mir doch zum einen die Möglichkeit, mich als Ihre neue »Kirchenministerin« vorzustellen. Zum anderen zeigt Ihre Veranstaltung, dass gelebte Demokratie ohne die Mitverantwortung und Mitarbeit auch der Christen in unserem Land nicht vorstellbar ist. Demokratie ist nichts Starres, nichts Festgefügtes. Sie ist auch nichts Selbstverständliches, um das wir uns nicht mehr kümmern müssen.

Demokratie muss jeden Tag aufs Neue mit Leben erfüllt werden. Die Fachtagung trägt den Arbeitstitel »Salz der Erde«. Wir alle kennen das Gleichnis aus dem neuen Testament. Christen sollen das Salz der Erde sein; sie sollen da hingehen, wo sie gebraucht werden; sie sollen »würzen«. Sie alle kennen den Effekt: ein bisschen Salz kann in einer faden Suppe Wunder wirken.

Was aber ist das Besondere an Salz? Wie wirkt es? Und was hat das mit der Stärkung der Demokratie zu tun? In einer Demokratie verläuft die politische Willensbildung idealerweise von unten nach oben, kommt also aus der Mitte der Bevölkerung.

Dies setzt allerdings eine am politischen Prozess interessierte, engagierte und kompetente Bevölkerung voraus. In der Realität müssen wir jedoch erkennen, dass immer mehr Menschen kein Interesse mehr an demokratischen Prozessen und Entscheidungen haben. Angesichts der wachsenden Individualisierung der Gesellschaft und der globalen Entwicklungsprozesse mögen immer mehr Menschen das Gefühl haben, dass sie nicht mehr wahrgenommen werden, dass Demokratie nur etwas für die anderen ist.

Viele beklagen eine zunehmende Kluft zwischen »denen da oben« und »denen da unten«. Sie resignieren und haben keinen Standpunkt mehr. Die Gleichgültigkeit nicht nur gegenüber Gott, sondern auch gegenüber der Demokratie kann das Leben der Menschen fade, ja geschmacklos machen. Es fehlt einfach das Salz. Wenn die Menschen jedoch merken, dass es sich lohnt, sich zu engagieren in den Kirchen, in Gewerkschaften, in Parteien oder auch in Wohlfahrtsorganisationen, wenn sie sich durch ihren Einsatz bewusst oder unbewusst auch für das demokratische Gemeinwesen einsetzen, dann ist ihr Leben nicht mehr eintönig und fade.

Ich bin sehr froh, dass Sie nicht nur das Salz der Erde, sondern auch das Salz der Demokratie sind, dass Sie nicht überall mittrotten und zu allem Ja und Amen sagen, dass Sie es nicht hinnehmen, dass sich die Menschen zurückziehen und sich nur noch mit sich selbst beschäftigen, dass Sie hinausgehen und mit den Menschen ins Gespräch kommen, dass Sie sich für die Würde aller Menschen einsetzen und dass Sie demokratie- und fremdenfeindlichen Einstellungen entgegentreten.

Das ist keine leichte Aufgabe. Salz ist ja nicht nur Würze, sondern kann auch schmerzen. Es tut weh, Salz auf eine Wunde zu streuen. Sie kennen das vielleicht: manchmal muss es erst wehtun, damit man merkt, dass sich etwas verändern muss.

Ihnen allen gebührt großer Respekt. Ohne Ihren engagierten Einsatz würde die Demokratie verkümmern. Sie würde – um im Bild zu bleiben – fade und kraftlos werden. Sie als Christen tragen entscheidend dazu bei, dass unsere Gesellschaft demokratisch und solidarisch ist und auch bleibt.

In der Projektbeschreibung zu dieser Veranstaltung steht: »Demokratie fällt nicht vom Himmel«. Das stimmt. Wir müssen sie uns jeden Tag neu erarbeiten. Ich wünsche dem Projekt »Kirche stärkt Demokratie« ganz viele wichtige Impulse und Anregungen. Ich bin überzeugt, dass es Ihnen als Multiplikatoren vor Ort, in den Schulen und in den Kommunen gelingt, vielen jungen Menschen demokratische Politik schmackhaft zu machen.





Die Landesregierung hat die Aktivitäten der Kirchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten immer nach Kräften unterstützt. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir dies auch weiterhin tun werden.

Der Kongress in Bewegung

Um die TeilnehmerInnen miteinander bekannt zu machen und in das Thema einzuführen wurden in zwei sich gegenüberstehenden Kreisen ähnlich einem Kugellager Fragen und Antworten zu persönlicher Motivation und Erwartung an die Tagung ausgetauscht.

Grußwort

von Frau Lan Böhm aus der Regiestelle des Bundesprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe«

Sehr geehrte Frau Justizministerin Kuder, sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie sehr herzlich im Namen des Bundesprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe« auf dieser Fachtagung begrüßen. Ich freue mich sehr, dass Sie der Einladung der AG TEO gefolgt sind um in den nächsten zwei Tagen gemeinsam über christliche Verantwortung in der Demokratie nachzudenken, zu diskutieren und spannende Kontakte zu knüpfen. Ich bin gespannt, was wir für neue Ideen und Impulse zu diesem Thema erhalten werden!

Als kurzen Einstieg will ich Ihnen einige Rahmendaten zur Geschichte und zur Zielsetzung des Bundesprogramms geben, damit Sie dadurch das Projekt der AG TEO, das quasi »thematischer Gastgeber« ist, in diesen Kontext besser einordnen und nachvollziehen können.

Mit dem Programm »Zusammenhalt durch Teilhabe« fördert das Bundesministerium des Innern seit Ende 2010 Projekte für demokratische Teilhabe im ländlichen Raum in Ostdeutschland – mittlerweile sind es über 100. Bis 2013 stehen uns 18 Mio. Euro für die Projekte zur Verfügung.





Dafür wurde bei der Bundeszentrale für politische Bildung eine sogenannte Regiestelle mit der Programmkoordination beauftragt, die ich heute hier vertrete.

Auch wenn die äußere Klammer des Programms die Prävention von extremistischen und demokratiefeindlichen Einstellungen ist, ist die Herangehensweise, wie dieses erreicht werden soll, eine positive:

Im Mittelpunkt unserer Förderung stehen die Menschen vor Ort, die sich haupt- oder ehrenamtlich in Vereinen, Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden oder Kommunalverwaltungen für eine lebendige und demokratische Gemeinschaft, also für Beteiligung, Toleranz und Engagement einsetzen. Unser Hauptaugenmerk richten wir auf den ländlichen und strukturschwachen Raum. In Mecklenburg-Vorpommern haben wir reichlich davon – das ist landschaftlich zwar reizvoll, aber für Politik und Zivilgesellschaft eine Herausforderung. Große Teile des Bundeslands sind zersiedelt, von Strukturwandel geprägt und dem demografischen Wandel unterworfen.

Im letzten Demografiebericht der Bundesregierung, den das BMI 2011 veröffentlicht hat, haben die Statistiker errechnet, dass die Einwohnerzahl Deutschlands bis 2060 um rund ein Fünftel zurückgehen wird – von heute 81,7 auf 65 Millionen. Die Zahl der erwerbsfähigen Personen im Alter zwischen 20 und 64 wird dabei bis 2030 um 6,3 Millionen schrumpfen. Das hat Folgen für alle Lebensbereiche: die gesellschaftliche Wertschöpfung, die Finanzierung der Sozialsysteme, die Versorgung mit Infrastruktur, Gesundheitsleistungen oder Bildung. Den größten Strukturwandel muss dabei der Osten verkraften, der bereits in den letzten Jahren durch die Abwanderung gut qualifizierter Arbeitskräfte gen Westen geprägt wurde. Während im Bundesdurchschnitt eine Schrumpfung von bis zu 20 Prozent erwartet wird, soll sich die Einwohnerzahl in Mecklenburg-Vorpommern um rund 36 Prozent verkleinern. Ich will diese Zahlen nicht erwähnen um ein düsteres Bild zu malen, sondern um deutlich zu machen, welche Herausforderungen und Aufgaben vor uns allen stehen.

Dazu noch eine zweite Erkenntnis, diese wiederum aus einer anderen durch das BMI geförderten Studie, welche im vergangenen Jahr den Stand und die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in



Ostdeutschland unter die Lupe genommen hat. Eines von vielen interessanten Ergebnissen möchte ich kurz erwähnen. Die Studie stellt fest, dass sich die Engagementquoten insgesamt in den letzten Jahren in den alten und neuen Bundesländern immer näher angleichen. Betrachtet man allerdings nur den ländlichen Raum und die dünn besiedelten Gebiete, dann finden wir in Westdeutschland weiterhin eine relativ hohe Engagementquote, während sie im Osten dagegen sehr niedrig ist.

Und das macht die Situation schlagartig klar: Der Bedarf an bürgerschaftlichem Engagement ist gerade in diesen Regionen sehr hoch – das Potenzial derjenigen, die sich konkret engagieren, reicht aber nicht aus. Die wenigen Engagierten sollen immer mehr Aufgaben im Gemeinwesen übernehmen. Woran liegt das? In den ostdeutschen ländlichen Räumen ist die Bandbreite an Möglichkeiten am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen traditionell viel geringer als in den alten Bundesländern. In den städtischen Regionen des Ostens haben sich in den vergangenen Jahren unterschiedliche vielfältige Formen von Engagement und eine stärkere zivilgesellschaftliche Infrastruktur von Vereinen und Verbänden entwickeln können. Auch erste Institutionen der Engagementförderung haben sich dort etabliert: Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen. Auf dem Lande werden bürgerschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit aber oft nebenher in Einrichtungen vor Ort mit gefördert, die eigentlich andere Dienste anbieten. Ich möchte da die Freiwilligen Feuerwehren, die Sportvereine, die Wohlfahrtsverbände und eben auch die kirchlichen Einrichtungen beispielhaft nennen. Diese sind beim aktiven Gestalten des gemeinsamen Zusammenlebens entscheidende Andockstellen für Engagement und Gemeinwohl. Diese wichtigen Einrichtungen wollen wir nicht zuletzt durch unser Bundesprogramm stabilisieren und in ihrer Arbeit unterstützen.

Hier kommen Sie ins Spiel und zwar jede und jeder Einzelne von Ihnen. Als Pastoren, Gemeindepädagogen oder einfach aktive Mitglieder Ihrer Gemeinde prägen Sie das Leben in Ihrer Stadt oder Ihrem Dorf mit, der eine mehr, der andere weniger. Auch derjenige, der nichts tut, vielleicht resigniert hat oder den Sinn von Engagement nicht sieht, prägt mit dieser Haltung sein Umfeld.

»Zusammenhalt durch Teilhabe« möchte hier zweierlei erreichen:

Erstens sollen ganz konkret und nachhaltig spürbar die demokratischen Strukturen vor Ort gestärkt werden: durch die Qualifizierung von Mitarbeitenden in Vereinen, Verbänden, Verwaltungen etc. zu den Themen Beteiligung, Konfliktmanagement, Vernetzung oder Rechtsextremismus. Auch das AG TEO-Projekt »Kirche stärkt Demokratie« setzt hier an und will alle am Thema interessierte Akteure aus dem Bereich Kirche in die Lage versetzen, das Gemeindeleben, aber auch den Alltag im Gemeinwesen demokratisch zu gestalten und extremistischer Einflussnahme entgegen zu wirken.

Zweitens soll das Bewusstsein dafür gestärkt werden, dass zivilgesellschaftliche Akteure ganz wesentliche Partner sind, um die demokratische Grundversorgung, das »demokratische Gerüst der Gesellschaft«, sicher zu stellen. Sie verhindern so, dass Bürgerinnen und Bürger aus Mangel an Alternativen mit radikalen Verbindungen in Kontakt treten. Insbesondere rechtsextremistische Gruppen sind in kleinen Gemeinden im ländlichen Raum schnell dort zur Stelle, wo Lücken im sozialen Zusammenhalt im Gemeinwesen existieren. Das ist eine Aufgabe, die sich jeden Tag aufs Neue stellt und immer wieder neu geschultert werden muss. Die lokale und regionale Vernetzung all derjenigen, die sich dieser Aufgabe stellen ist deshalb neben der Qualifizierung der zweite wichtige Gelingensfaktor unserer Projekte. Dort, wo Menschen sich aktiv mit Demokratie und Extremismus auseinandersetzen und sich zusammentun, haben Rattenfänger vom rechten Rand weniger oder im besten Fall keinen Erfolg mit ihren populistischen Parolen.

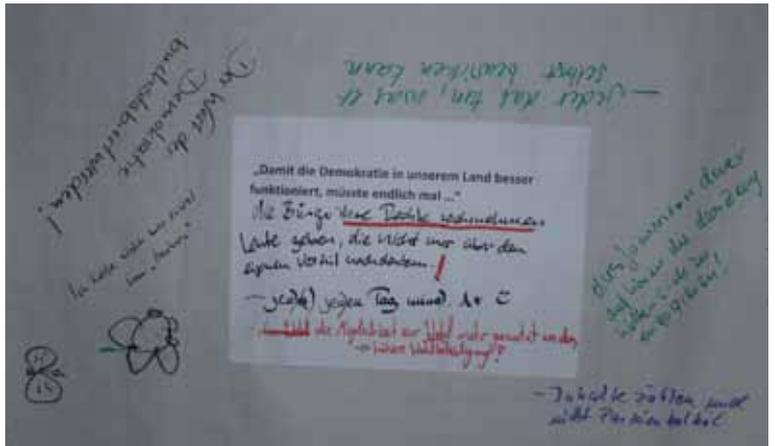
Ich hoffe, dass diese Veranstaltung dazu beiträgt, dass viele kirchliche Einrichtungen im Land sich dieser Herausforderung stellen und die aktive Gestaltung des demokratischen Gemeinwesen wieder mehr oder noch mehr als ihre Aufgabe betrachten. Seien Sie Andockstelle für Engagement, für Gespräche und scheuen Sie dabei auch Konflikte nicht. Nutzen Sie die Möglichkeiten des Projekts »Kirche stärkt Demokratie« und des Programms »Zusammenhalt durch Teilhabe«, sich bei diesem Weg begleiten zu lassen.

Ich wünsche uns allen eine spannende Tagung und viele gute Gespräche.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Demokratiekarussell

Thesen zu Demokratie und Gesellschaft konnten kommentiert und diskutiert werden.





Willen zu jeder un-
 deren Welt wirke...

Ich will den Weg verfolgen,
 die Straße ins Licht
 führt schon zu Hause.

Das Mitwirken in der Demokratie wäre viel leichter,
 wenn...

alle einander
 alle ein
 an den...

Wenn es wirklich
 demokratisch
 wäre:

Wenn die Partei...
 mit der Partei...

Wenn Demokratie...

Ich würde
 zuhause!

Ich würde
 zuhause!
 die...

In einer Partei würde ich mich engagieren, wenn...

Wieso würde?

Sie sind
 Anfänger
 von...

Ich würde
 zuhause!

Ich würde
 zuhause!

Ich würde
 zuhause!



Damit es bei uns demokratisch zugeht, müsste die
 Regierung viel mehr...

Verantwortung...

Die Grundzüge der...

Die...

Die...

Die...



Handwritten notes on a whiteboard:

- Blitzkrieg**
 - „Von der Politik erwarte ich, dass...“
 - es nicht nur flieg und, wenn der Wind in den Rücken“ gütlich ist - aber dass es primär für flieg sind.
 - es transparenter erhalten!!
 - Sie untereinander reden!!
 - Sie zueinander ehrlich werden und das einander nicht ständlich beliebt
- Sie die Generalschaft bilden!**
- Handwritten notes on the right:**
 - „Ich habe in der...“
 - „Hand...“
 - „dass die schlecht mitteilt + lang fragend plaudert!“

Handwritten notes on a whiteboard:

- Handwritten notes at the top:** „...“
- Handwritten notes on the left:** „...“
- Handwritten notes in the center:**
 - „...“
 - „...“
 - „...“
- Handwritten notes on the right:** „...“
- Handwritten notes at the bottom:** „...“



Handwritten notes on a whiteboard:

- Handwritten notes at the top:** „...“
- Handwritten notes on the left:** „...“
- Handwritten notes in the center:**
 - „Anspruch und Wirklichkeit klaffen in unserer Demokratie besonders dann auseinander, wenn...“
 - „...“
 - „...“
 - „...“
- Handwritten notes on the right:** „...“
- Handwritten notes at the bottom:** „...“



Aus Anlass des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus verlas Joachim Nolte, Rechtsextremismusbeauftragter des Kirchenkreises Lübeck-Lauenburg und Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft »Kirche und Rechtsextremismus« BAG K+R) die Pressemitteilung des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirchen in Deutschland. Präses Nikolaus Schneider forderte darin zu gelebter Solidarität mit den Protesten gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden auf.

Wir dokumentieren die Pressemitteilung und den Aufruf der BAG Kirche und Rechtsextremismus

»Energisch widerstehen!«

EKD-Ratsvorsitzender besorgt über rechtsextreme Gewalt

27. Januar 2012

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Nikolaus Schneider, hat am heutigen »Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus« seiner großen Besorgnis anlässlich rechtsextremer Gewalt und rechtsextremen Gedankengutes in Deutschland Ausdruck verliehen.

»Die Aufdeckung der Mordtaten der neonazistischen Terrorgruppe NSU und die Tatsache, dass die Gruppe einen großen Kreis von Unterstützerinnen und Unterstützern hatte, sind ein Warnsignal, das nicht übersehen werden darf«, sagte Schneider heute am Rande der Sitzung des Rates der EKD in Hofgeismar.

Der Ratsvorsitzende beklagte, dass neonazistisches Gedankengut in der Gesellschaft verbreitet sei. Dieser Entwicklung gelte es auf allen Ebenen energisch zu widerstehen. In diesem Zusammenhang lobte Schneider die Arbeit der »Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus«, der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und vieler anderer Gruppen. Schneider: »Ich danke allen Personen, Gemeinden und Initiativen, die an vielen Orten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus leisten.« Schneider kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die Bundesregierung weiterhin an der so genannten »Extremismusklausel« festhalten wolle: »Diese Auflage für Gruppen und Initiativen gegenüber dem Bundesfamilienministerium ist absolut kontraproduktiv im Kampf gegen Rechts.«

Der Ratsvorsitzende räumte ein, dass rechtes Gedankengut auch in Kirchengemeinden zu finden sei. Diesem müsse mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. »Evangelische Christinnen und Christen müssen deutlich und unmissverständlich Zeugnis vom Evangelium Jesu Christi ablegen: Alle Menschen sind gleichwertige Geschöpfe Gottes. Christliche Nächstenliebe verlangt, mit Klarheit gegenüber rechtsextremistischen Haltungen jeder Art einzutreten«, so Schneider.

Hofgeismar/Hannover, 27. Januar 2012

Pressestelle der EKD

Reinhard Mawick

Pressemitteilung; Ressorts: Politik/Rechtsextremismus; Berlin, den 26.1.2012
Politiker, Bischöfe, Theologen und kirchlich Engagierte rufen zur Beteiligung an Blockaden gegen Neonaziaufmärsche in Dresden auf

Unter dem Motto »Nächstenliebe verlangt Klarheit – Kein Naziaufmarsch, nirgendwo« ruft ein breites Bündnis von mehr als 50 PolitikerInnen, BischöfInnen, PfarrerInnen, TheologInnen, EKD-Synodalen und kirchlich Engagierten zu einer Teilnahme an den Protesten gegen den Neonaziaufmarsch im Februar 2012 in Dresden auf. Zu den ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs gehören u.a. die Bundestagsvizepräsidenten Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) und Wolfgang Thierse (SPD), die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, Ilse Junkermann, der Hannoveraner Landesbischof Ralf Meister sowie Oberkirchenrat Christhard Wagner aus Thüringen und Martin Salm, Vorstandsvorsitzender der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« (EVZ).

In dem Aufruf der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR) zu einem christlichen Blockadepunkt im Kontext der Proteste gegen die für den 13. und 18. Februar 2012 in Dresden geplanten Neonaziaufmärsche heißt es u.a.: »Gerade als Christinnen und

Christen sind wir aufgefordert uns der menschenverachtenden und menschenfeindlichen Ideologie der Neonazis massiv entgegenzustellen. Wir laden alle Menschen ein, sich am 13./18. Februar 2012 unter dem Motto «Nächstenliebe verlangt Klarheit – Keine Naziaufmärsche, nirgendwo» an unserem christlichen Blockadepunkt zu beteiligen.«

»Weil wir als Christen und Christinnen das Recht auf freie Meinungsäußerung als hohes Gut schätzen, müssen wir uns denen entschlossen entgegenstellen, die die unveräußerlichen Menschenrechte mit Füßen treten und die Demokratie beseitigen wollen,« sagt Christian Staffa, Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR). »Von den Kriminalisierungsversuchen zivilen Ungehorsams durch Teile der Politik und Behörden lassen wir uns nicht irritieren. Gewaltfreie Blockaden sind eine Gewissensentscheidung und gehören zum Grundrecht auf freie Meinungsäußerung.«

Der Aufruf kann online unter www.asf-ev.de oder www.bagkr.de unterzeichnet werden.

Für Rückfragen und weitere Informationen:

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Telefon: 030-28395-184

E-Mail: post@bagkr.de

Titus Simon

»Blühende Landschaften – welche Demokratie?«

Zu den besonderen Problemstellungen der peripheren ländlichen Räume.



Mit »ländlichem Raum« eng verbunden ist längst nicht mehr die Annahme einer »idyllischen, heilen Welt«, sondern eher die Vorstellung, dass Kinder und Jugendliche hier im ganzheitlichen Sinne »gesündere Lebensverhältnisse« antreffen würden. Auch wenn dies in Teilen noch stimmig ist, muss festgestellt werden, dass diese Vorstellungen eher ein geschöntes Zerrbild darstellen:

So haben im Westen fast 50 und im Osten auch schon über 20 Jahre Dorfentwicklung dazu geführt, dass verwilderte Spielflächen einer stereotypen Bebauung gewichen sind. Die Kreissparkasse in der Dorfmitte ist universell geworden, mit dem regionalen Unterschied, dass sie im Süden weiß verputzt und im Norden rot geklinkert ist.

Dörfliche Sozialräume lassen immer weniger Freiräume für »wildes Spiel«. Auch der öffentliche Raum des Dorfes wird längst in einer Weise verregelt, dass er für Jugendliche nicht mehr attraktiv ist.

Albert Herrenknecht (2006: 5) umschreibt mit dem Begriff »Echt-Raum-Verluste« die Schaffung strukturierter Angebote, die autonomes Erleben auch auf dem Land ersetzen:

Ballspielen im Verein statt auf der Straße,

Angeleitete Aktivitäten durch das Spielmobil,
statt »wildem Spiel«,

Klettern auf dem Spielgerät statt in Baumhöhlen,

Haustier statt Tiere im Stall usw.

Die auf ländliche Räume bezogene Forschung konstatiert seit langem eine Entwertung der alten dörflichen Mitten. Die Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen lebt längst in den am Rand entstandenen Neubaugebieten. Aufgrund der abnehmenden Kinderzahl und der durch Bildung

und Ausbildung erzwungenen frühen Mobilität reduzieren sich die sozialen Beziehungen zu Altersgleichen und werden rasch am Schulstandort durch ebenfalls eher flüchtige Beziehungen aus der eigenen Schule ersetzt.

Auch die kleineren Kinder spielen eher im Vorgartenspielplatz des eigenen Hauses als am fernen Bach. Das alltägliche Spielen wird privatisiert, findet mediengestützt – wie bei Stadtkindern – immer weniger im Freien, sondern an der Konsole im eigenen Zimmer statt. In der offenen Feldflur ist kaum noch ein Jugendlicher zu finden (Herrenknecht 2006: 8).

Gefordert ist der mobile, flexible Mensch. Die von Kindesbeinen an eingeübte Mobilisierung des kindlichen Alltags führt zu einer latenten Auflösung der sozialen Verortung, was deshalb relevant ist, da aktuell der modernisierte Rechtsextremismus an diesem Defizit gut anknüpfen kann.

Kritisch ist die Frage zu stellen, wie eine solche »Generation der verlorenen Sozialräume« später einmal wirkliche Verantwortung für eben diese Sozialräume übernehmen kann.

Die den ländlichen Raum betreffende Ost-West-Wanderung ist in hohem Maße eine Arbeits- oder Ausbildungsplatzwanderung und betrifft vor allem junge, erwerbsfähige und überdurchschnittlich gut ausgebildete Menschen. Ca. 60 Prozent der Ost-West-Migranten sind unter 30 Jahren, ca. 20 Prozent sind zwischen 18 und 25 Jahren alt. Dadurch verändert sich die Altersstruktur der Bevölkerung in Ostdeutschland dauerhaft. Wie mobil Menschen sind, hängt in hohem Maße vom Alter ab; am mobilsten sind die 20-30-Jährigen (Simon 2006).



Allgemein bekannt und empirisch für ganz Ostdeutschland nachweisbar ist der deutliche Frauenüberhang im Abwanderungssaldo. Von den neuen Bundesländern haben Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern den stärksten Bevölkerungsrückgang zu verkraften, der bei der weiblichen Bevölkerung zwischen 8 und 9 Prozent beträgt. In der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen haben seit 1998 stets mehr Frauen als Männer die neuen Länder verlassen, und das bedeutet auch: potentielle Mütter.

Die Probleme allein erziehender Mütter in prekären Lebenslagen unterscheiden sich zwischen Ost und West. Während in den alten Bundesländern die relative Häufigkeit von allein erziehenden Müttern in prekären Lebenslagen größer ist, und hier eher Probleme im Bereich der Möglichkeiten zur Kinderbetreuung entstehen, sind in den neuen Bundesländern die Kosten der institutionellen Kinderbetreuung, mangelnde Unterhaltszahlungen, die hohe Arbeitslosenquote und geringe Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung ein Problem (Hufnagel/Simon 2004).

Sozialisationsbedingungen in den kleinstädtisch-ländlichen Räumen Ostdeutschlands

Interessant und dramatisch zugleich ist der Sachverhalt, dass Abwanderungseffekte vor und nach der Wende unheilvolle Synergien erzielten. So wiesen Weiß und Hilbig (1998) eine dramatische Abwanderung aus den ländlichen Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns bereits vor 1990 nach. In über 80% der als Agrargemeinden untersuchten Orte bildete sich bis 1987 in der Altersgruppe der 22-35-jährigen ein Männerüberschuss von 20-33% heraus. Die Frage, ob diese bereits in die DDR zurückreichenden Entwicklungen die spätere Abwanderung gut qualifizierter Frauen nach der Wende beeinflusst hat, muss an dieser Stelle unbeantwortet bleiben.

Arbeitsmarktgründe allein erklären diese Abwanderung nicht – sie ist auch ein Symptom für mangelnde Haltefaktoren in Ostdeutschland: nachlassende Familienbindung, wenig Grundbesitz, wenig Identifikation mit der Region, schlechtes Landesimage und zu wenig Bereitschaft junger Menschen, in der Zivilgesellschaft vor Ort Verantwortung zu übernehmen.

Dies gilt in besondere Weise für die in Ostdeutschland wachsende Zahl an »sterbenden Dörfern«, »Dorfruinen« mit Arbeitslosenquoten bis zu 40%, hoher Abwanderung, starker Überalterung und starker Erosion der sozialen Infrastruktur. Es besteht die Gefahr, dass diese Regionen insbesondere für bildungsorientierte Familien unattraktiv werden, was wiederum deren Abwanderung beschleunigt. Die als Folge der demografischen Entwicklung entstandene »Verinselung von Lebensräumen« (Camino 2007) ist hier bereits weiter gediehen.





Rechtsextremismus im ländlichen Raum

Rechtsextreme können sich vor allem dort etablieren, wo die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Instanzen in Folge wirtschaftlicher und sozialer Erosionsprozesse geschwächt wurden und Menschen von der oft propagierten demokratischen Wertegemeinschaft in ihrem konkreten Alltag nichts (mehr) wahrnehmen.

Beginnt man die beobachtbaren Einzelphänomene zu systematisieren, so kann festgestellt werden, dass dem organisierten Rechtsextremismus die Verwirklichung vier wesentlicher strategischer Vorhaben – zumindest partiell – gelungen ist:

die Modernisierung der Ideologie
die Förderung der Milieubildung,

die Kooperation und Integration von parteifernen jugendkulturellen Ausdrucksformen und Gruppenbildungen (z.B. rechtsextreme Musikkultur, Kameradschaften),

das Entstehen einer sozialen Bewegung, als einem »Ensemble von Gruppen und Organisationen« (Klärner/Kohlstruck 2006: 31): Eng verwoben damit sind »Netzwerkbildungen von rechts« mit erheblichen sozialräumlichen, regionalen und bundesweiten Verflechtungen und zum Teil sogar grenzüberschreitend entwickelten Strukturen.

Dabei müssen die ländlichen Räume als besondere Kristallisationspunkte für rechtsextreme Strukturbildungen und Aktivitäten gesehen werden. Hier dominieren die Bildung jugendkultureller Formationen wie Kameradschaften und lose Cliques, die Herausbildung einer rechten Musikszene, die Schaffung logistischer Basen sowie die regional unterschiedlich entwickelte Vernetzung zwischen Jugendkultur und dem organisierten Rechtsextremismus.

Die Wahlerfolge rechter Parteien gehen in den ländlichen Räumen auch darauf zurück, dass rechte Ideologien an Fragmenten traditioneller Werthaltungen anknüpfen, die vor allem in deren ländlichen Hochburgen präsent sind: Konventionalismus, Autoritarismus, Homophobie bis hin zum Rassismus. Vielerorts hat sich über Jahre hinweg ein lokaler ländlicher – gemeinsam geteilter – gesellschaftlicher Sozialisationsraum entwickelt, in dem eine affektive Gestimmtheit für rechte Mentalitäten, Stereotypen und Vorurteile vorherrscht (Hafenecker 2006: 35).

Diese für Gesamtdeutschland geltenden Entwicklungen werden in vielen ländlichen Sozialräumen Ostdeutschlands noch durch folgende Umstände verschärft:

Die an manchen Orten bereits zwei Jahrzehnte anhaltende dramatische Arbeitslosigkeit (mit Spitzenwerten in den ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsen-Anhalts) mit den daraus resultierenden Spaltungs- und Segmentierungsprozessen, Armut und Perspektivlosigkeit.

Die bereits an anderer Stelle erwähnte Abwanderung der besser qualifizierten und besser gebildeten jungen Erwachsenen, was sich insbesondere bei Bestrebungen nach einer Stärkung der Zivilgesellschaft als fatal erweist und selbst traditionelle Ehrenamtlichkeit – etwa im Vereinswesen oder der Jugendarbeit – weiter schwächt.

Der Befund, wonach die Abwanderung gut qualifizierter junger Frauen noch höher ist als bei gleichaltrigen Männern, tritt in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands noch stärker auf. Die einschlägigen Forschungen dokumentieren dörfliche Situationen, in denen in seltenen Extremfällen nur noch ein Drittel der Bevölkerung weiblich ist. Die in der Zeitschrift »Emma« beschriebenen ländlichen Szenarien, die von einem Überhang arbeitsloser, rechtsextremer männlicher Säufers dominiert werden, sind zweifellos ein unsachgemäßes Zerrbild, freilich eines mit Fragmenten von Realitätsbezug.





Führt man sich die eingangs skizzierte Veränderung ländlicher Sozialräume mit ihren innenwohnenden Individualisierungspotentialen nochmals vor Augen, so wird begreiflich, dass die in einigen Regionen mittlerweile gut entwickelten rechten Netzwerke eine hohe Attraktivität besitzen. Sie machen Orientierungsangebote, sie etablieren Gruppengeschehen, Freizeitgestaltung mit den für Jugendliche attraktiven Anteilen an »Thrill« und »Action«. Was kann denn attraktiver sein, als ein angekündigtes, aber erst einmal von den Ordnungsbehörden verbotenes Konzert von »Corpus Christi«, über dessen endgültigen Ort man subversiv und exklusiv im letzten Moment über eine SMS erfährt? Ein Abend mit dreifacher Genussgarantie: erst das »Katz- und Maus-Spiel« mit der Polizei, dann das Konzert selbst, schließlich die Heimfahrt durch eine aus der Sicht der Jugendlichen wenigstens für kurze Zeit »national befreite Zone«, in der sich ihnen des nachts niemand mehr entgegen stellt. Das kann kommunale Jugend- und Bildungsarbeit nur äußerst selten bieten (Simon 2006).

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass Rechtsextremismus kein Sonderproblem ostdeutscher ländlicher Räume ist. Die Republikaner konnten in den 90er Jahren in mehreren Sozialräumen Baden-Württembergs Wahlergebnisse knapp unter 20% erzielen. Besondere Schwerpunkte rechter Jugendkultur lagen schon immer in Hessen, Niedersachsen und Baden-Württemberg und hierbei insbesondere in den Regionen Schwäbisch-Hall-Hohenlohe, Ostalb, im Rems-Murr-Kreis und im Bodenseeraum, wo grenzübergreifende Kooperationen und Begegnungen mit Rechtsextremisten aus Österreich und der Schweiz längst Tradition geworden sind.

Neben den eben dargestellten Prägungen durch Struktur und Peer-Groups rechter Jugendkultur gibt es Dispositionen schaffende Einflussgrößen, die aus der Familienerziehung resultieren. Bei rechtsorientierten Jugendlichen – so das Ergebnis biographisch angelegter Studien – sind folgende Auffälligkeiten ausgeprägter als bei Vergleichsgruppen:



unterentwickelte soziale Kompetenz,

geringes Reflexionsvermögen,

unterentwickeltes Selbstkonzept,

Erleben von emotionaler Leere in den Familien,

wenig Geborgenheitsgefühl,

»Fehlende sanfte Kontrolle« im Erziehungsverhalten der Eltern
(siehe ausführlich hierzu: Möller/Schumacher 2007).

Was tun? What works? How does it work?

Keine Spezialisierung auf »Arbeit mit Rechten«

Eine durch die massive Kritik an der von ihr geleisteten »Glatzenpflege« verschreckte Jugendarbeit hat sich in den ländlichen Räumen aus der unmittelbaren Arbeit mit rechten Jugendlichen weitgehend zurückgezogen. Dies hatte auch seinen Grund in der aus dem AgAG-Programm abgeleiteten, zunehmend schlechter vermittelbaren, hochspezialisierten Zielgruppenarbeit. Das ändert freilich nichts an der Feststellung, dass Jugendarbeit zum einen in den letzten 40 Jahren weitaus mehr Jugendliche erreicht hat, deren Lebensäußerungen als »rechte Orientierungen« zu deuten waren, als dies durch andere Angebote, Programm und Maßnahmen möglich wurde. Zum anderen hat sie eine deutlich gewaltreduzierende Funktion. Es wäre zu wünschen, dass Offene Kinder- und Jugendarbeit sich wieder vermehrt fachlich konturiert und einschlägig im Gemeinwesen vernetzt dieser Aufgabe stellt, ohne sich erneut die Allzuständigkeit für dieses Problem zuweisen zu lassen.

Aus den Erfahrungen der Spezialisierungen auf eine vorrangige oder gar ausschließliche Arbeit mit rechten Jugendlichen kann gelernt werden, dass sie nur unter Bedingungen erfolgreich ist, die schon deshalb über Programmfinanzierungen nicht erreicht werden können, weil diese grundsätzlich einer zeitlichen Befristung unterliegen. Künftig soll präventiven Ansätzen Vorrang eingeräumt werden. Diese resultieren in erster

Linie aus demokratieförderlichen Sozialisationserfahrungen, einer integrierten und integrierenden Infrastruktur- und Ordnungspolitik sowie der Vermittlung von Möglichkeiten des Erlebens von Zugehörigkeit, Teilhabe und Anerkennung. Das schließt aber rechte Jugendliche als Zielgruppe kommunaler Jugendhilfe keineswegs aus, wie es von einem Teil der Protagonisten für ausschließlich zivilgesellschaftlich ausgerichtete Programme und Maßnahmen gefordert wird.

Es ist ferner deutlich geworden, dass die Auseinandersetzung mit und die Zurückdrängung von Rechtsextremismus niemals erfolgreich gelingen können, wenn die kurzzeitig wirksam werdenden versammelten Aufregungen und von Alarmismus ausgelöste Reaktionen einseitige Zuständigkeitserklärungen produzieren. Auch wenn einer »akzeptierenden« oder neuerdings »gerechtigkeitsorientierten« Jugendarbeit nicht in dem Maße ein Scheitern unterstellt werden muss, wie dies in der Vergangenheit geschehen ist, so bleibt doch festzuhalten, dass eine erfolgreiche Praxis nur dann möglich ist, wenn es sich um eine Jugendarbeit handelt, die in das Spektrum der hier dargestellten weitergehenden Maßnahmen integriert ist. Möller und Schuhmacher (2007: 496) stellen zu Recht fest, dass nur das Zusammenspiel einer integrierten kommunalen Ordnungspolitik, vitaler Vereinslandschaften und sozialräumlicher und gemeinwesenorientierter Ansätze in Schulen, Kindertageseinrichtungen, Jugendhäusern, Erwachsenenbildung und zivilgesellschaftlichen Gruppen die Integrationschancen erhöhen.

Letztendlich bedarf es vorangehender Sozialraumanalysen, um festzustellen, welche Maßnahmen vorrangig in Anwendung zu bringen sind. Dabei wird es in vielen Fällen sinnvoll sein, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen: demokratie- und infrastrukturfördernde Maßnahmen haben ebenso ihre Berechtigung wie eine fachlich fundierte und langfristig abgesicherte Jugendarbeit mit Gefährdeten.

Man weiß nun auch, dass in den vergangenen 20 Jahren zu wenig fundierte Wirkungsforschung zu Programmen und Maßnahmen gegen rechts durchgeführt wurde. Eine wichtige Aufgabe wird darin bestehen, diejenigen, die künftige Programme finanzieren, von der Notwendigkeit einer methodisch akzeptablen Evaluation zu überzeugen. Die Instrumente dafür sind längst vorhanden.





Zur Jugendarbeit – auch in ländlichen Räumen – gibt es dennoch keine Alternative

Offene Jugendarbeit, auch wenn sie gelegentlich antiquiert daher kommt, ist vor allem in zahlreichen ländlichen Sozialräumen Ostdeutschlands – eventuell noch neben Sportverein und Feuerwehr – das letzte Angebot, das Jugendliche noch erreicht. Es gehört angesichts der unverändert abwandernden besser qualifizierten jungen Menschen zum Spektrum der notwendigen Haltefaktoren. Dies gilt umso mehr dort, wo noch bestehenden Angebote der Jugendarbeit es zunehmend mit einer neuen Konkurrenz zu tun bekommen. Zahlenmäßig noch nicht bedeutsam, aber langsam anwachsend, entwickelt sich eine neue »Jugendarbeit von Rechts«. Dort wo die NPD, Junge Nationaldemokraten, »Kameradschaften« und die so genannten »Freien Kräfte« über eine entsprechende Infrastruktur verfügen, gelingt es ihnen, auch jenseits etablierter Jugendhilfe, attraktive Treffpunkte zu schaffen. Dies wird durch das Vorhandensein einer großen Anzahl leer stehender Immobilien in vielen Gemeinwesen ebenso begünstigt wie durch den nicht immer klugen, hin und wieder dulddenden, gelegentlich sogar fördernden Umgang der kommunal Verantwortlichen mit den rechtsextremen Akteuren im Ort.

Vor den unverändert anhaltenden Strukturproblemen der prekären ländlichen Räume hätte eine noch angemessen ausgestattete Offene Jugendarbeit neben ihren »klassischen Funktionen« ein deutlich erweitertes Aufgabenspektrum. Sie ist ein wichtiger Akteur in kommunalen »Netzwerken gegen rechts«. Sie gehört zu den Strukturelementen, die als »Haltefaktoren« Wirkung entfalten. Noch wichtiger aber wäre eine Neuauslotung der für diese Problemzonen notwendigen Strukturentwicklung. Will man nämlich nicht, wie gelegentlich von Raumplanern vorgeschlagen, ganze Landstriche von der Ausstattung mit sozialer Infrastruktur abkoppeln, weil sie künftig vorwiegend von Geronten bevölkert werden, sind Planungen für eine nachhaltige Dorfentwicklung, Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung weitaus stärker als bislang miteinander zu verzahnen. Die Orte der Offenen Jugendarbeit könnten somit mehr sein als Treffpunkte oder Freizeitorte. Sie wären Zellen der notwendigen Strukturentwicklung in den peripheren ländlichen Räumen. Das schließt mit ein, dass sie – sicherlich in nur begrenztem Umfang – über die Erschließung europäischer

Fördermittel für strukturschwache Räume auch Anbieter von Beschäftigung für jene Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden könnten, die von anderen Maßnahmeträgern nicht (mehr) erreicht werden.

Stärkung geschlechtersensibler Jugend(-verbands) -arbeit und Infrastruktur in den ländlichen Räumen

Unverändert sind Mädchen immer noch schwächer im Vereins- und Verbandswesen organisiert als Jungen. Das ist zu kritisieren, darin liegen aber auch noch ausschöpfbare Potentiale. Generell müssen sozialräumliche Entwicklungsprozesse mit Blick auf die spezifischen Entwicklungsbedingungen, Bedürfnisse und Förderbedarfe von Männern und Frauen, Jungen und Mädchen betrachtet und reflektiert werden. Die Jugendhilfe ist hierzu aufgrund der einschlägigen gesetzlichen Vorgaben besonders verpflichtet. Daraus leitet sich auch die Notwendigkeit einer geschlechtersensiblen Jugendhilfeplanung ab. Blickt man auf die Vereins-, Organisations- und Politikstrukturen, so ist festzustellen, dass ländlich geprägte Lebensverhältnisse noch stärker als die urbanen Milieus von traditionellen Rollenbildern geprägt werden. Die Frage: »Ist ländlicher Raum unverändert männlich dominierter Raum?« darf durchaus zu Recht gestellt werden. Nicht nur in den traditionell von Männern dominierten Feuerwehren, Sport- und Schützenvereinen kann festgestellt werden, dass die in den ländlichen Räumen dominierenden sozialen und institutionellen Rahmenbedingungen sowie das ausgeprägter machtorientierte männliche Politikverhalten das politische Engagement von Frauen und Mädchen erschweren. Gerade vor dem Hintergrund, dass zivilgesellschaftliche Strukturen in den ländlichen Problemzonen schwächer entwickelt sind, liegt es nahe, die dort oftmals randständige geschlechtersensible Strukturentwicklung aus den Mitteln der Förderprogramme stärker als bislang zu berücksichtigen. Dabei sollte auch, aber nicht nur auf Jugendförderung Wert gelegt werden.



Dorfentwicklung

Blickt man nämlich speziell auf die Entwicklungen in den peripheren ländlichen Räumen Ostdeutschlands, die Demokratiedefizite und eine verhärtete Rechtsextremismusproblematik aufweisen, so müssen Strategien

und Konzepte entwickelt werden, die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus mit ökonomischen Fragestellungen und einer »Dorfentwicklung von unten« verbinden (siehe Simon u.a. 2009: 215 f):

Lohnend ist eine Auseinandersetzung mit dem »Konzept der Lernenden Region« (hierzu: Klemm 2002), einer Fortschreibung der Idee von einer eigenständigen Regionalentwicklung. Damit wird angeknüpft an die Agenda-21-Prozesse, die sich durch Dimensionen der Regionalisierung, der Partizipation und der Nachhaltigkeit auszeichnen. Das Instrument der Erwachsenenbildung wird als regionaler Entwicklungsfaktor verstanden und stärker als bislang zur Entwicklung von den Gestaltungsinstrumenten herangezogen, die für diesen Prozess benötigt werden, nämlich der Bildung von Dialog- und Netzwerkstrukturen auf drei Handlungsebenen (ebenda):

auf der Ebene der regionalen Infrastruktur,

auf der individuellen Mentalitätsebene,

auf der institutionellen Strukturebene.

Gerade für die ländlich-peripheren Räume mit starken Erosionsprozessen und ohne sichtbare Entwicklungsoptionen bedarf es einer Entwicklungsförderung, die weit über die Handlungsoptionen von Jugendarbeit und der Jugendverbände hinausgeht. Allerdings zeigen erfolgreiche Beispiele, dass es sehr wohl gelingen kann, aus eigenem Antrieb und unter konsequenter Einbindung der verschiedenen Förderoptionen erfolgreich einer weiteren Erosion entgegen zu wirken. Bereits Krambach (2001) hat erfolgreiche Beispiele vorgestellt, in denen es gelungen ist:

die Abwanderung zu stoppen,

manchmal, wie z.B. nach dem Bau des »Ökodorfes Sieben Linden« in der Gemeinde Bandau, eine Verdoppelung der früheren Einwohnerzahl zu erreichen,
die lokalen Ökonomien mittels nachhaltiger Dorfentwicklung zu stärken.



Gelingende nachhaltige Dorfentwicklung ist eine Gestaltungsaufgabe, die sehr wohl Beiträge zur Bekämpfung des Rechtsextremismus leistet, obwohl sie sich aus anderen Logiken speist. Sie stärkt zivilgesellschaftliche Strukturen, demokratische Prozesse und leistet auch einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der kleinräumigen demographischen Entwicklung. Es ziehen jüngere Menschen zu und es werden wieder mehr Kinder geboren. Krambach (2001: 25) macht dies exemplarisch an der Gemeinde Wulkow deutlich, deren Pionierleistung er in Folgendem sieht:

1. Die Stärkung lokaler Ökonomie trug zur wirtschaftlichen Belebung von Kleinunternehmen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.
2. Es wurden neue ökologische Möglichkeiten der Gestaltung von Wirtschaft, Infrastruktur, Dorf und Flur erschlossen.
3. Es bildeten sich Synergie-Effekte der Revitalisierung.
4. Man wartete nicht auf Förderung von außen, sondern wurde aus eigenen Kräften und Mitteln tätig: »Das Entdecken der endogenen Potentiale des Dorfes war der entscheidende Schritt zur Zukunftsfähigkeit«.
5. So entstand ein anschauliches und erlebbares Modell für andere Gemeinden.



Literatur:

Camino (Hrsg.), *Caminante – Modellprojekt zur lebensweltorientierten Jugendhilfepflege im ländlichen Raum unter den Bedingungen des demografischen Wandels. Abschlussbericht, Berlin 2007*

Hafeneeger, B., *Rechte Jugend – jugendlicher Rechtsextremismus auf dem Lande*, »Sozial Extra«, Heft 9/2006

Herrenknecht, A., *Das Ende des ländlichen Sozial(t)raumes? Die neuen sozialräumlichen Lebenswirklichkeiten des Kinder- und Jugendalltags im ländlichen Raum*, in: »Offene Jugendarbeit«, Heft 2/2006

Hufnagel, R. / Simon, T. (Hrsg.), *Problemfall Deutsche Einheit. Interdisziplinäre Betrachtungen zu gesamtdeutschen Fragestellungen*, Wiesbaden 2004

Krambach, K., *Neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Erfahrungen aus Praxis und Politik*, Berlin 2002

Klärner, A. / Kohlstruck, M., *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006

Möller, K. / Schuhmacher, N., *Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads*, Wiesbaden 2007

Simon, T., *Jugendsozialarbeit in Sachsen-Anhalt, »Magdeburger Reihe«, Band 20*, Magdeburg 2006

Simon, T. / Blumensath, S. / Frömmert, C. / Saryaeva, R., *Es wächst nicht einfach Gras drüber. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen*. Herausgegeben vom *Bund der deutschen Landjugend*, Berlin 2009

Weiß, W. / Hilbig, A., *Selektivität von Migrationsprozessen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern*, in: »*Informationen zur Raumordnung*«, Heft 11-12/1998

Literatur zum Weiterlesen:

T. Simon, S. Blumensath, C. Frömmert, R. Saryaeva, u.v.a.:

Es wächst nicht einfach Gras drüber. - Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Herausgegeben vom *Bund der deutschen Landjugend*, Berlin 2009



Prof. Dr. Titus Simon

Langjährige Tätigkeit in der offenen Jugendarbeit, der Wohnungslosenhilfe und in der Verbandsarbeit, u.a. Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung des Landesjugendhilfeausschusses Sachsen-Anhalt; 1992 Berufung zum Professor an der Fachhochschule Wiesbaden mit dem Schwerpunkt Jugend und Gewalt; seit 1996 Professor an der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) mit dem Schwerpunkt »Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung«; Krimiautor

<http://www.titus-simon.de>

Denkanstöße aus der sich anschließenden kurzen Diskussion:

Können wir kirchlichen Grundbesitz für modellhafte Ansiedlungen und alternative Dorfkonzepte nutzen?

Wie können Kirchgemeinden zu einer Belebung des ländlichen Raumes beitragen?

Wie kann den strukturellen Verwerfungen der Agrarförderung entgegen gewirkt werden?

Wie sieht eine Jugendarbeit aus, die »rechtsaffine« Jugendliche integriert ohne Naziideologie zu tolerieren?

Wie gehen wir als ChristInnen mit kirchlich engagierten NPD-Kadern um?

Nachtcafé

»Anpassen oder Widerstehen« - Widerstand in der DDR

Lesung und Diskussion mit Roman Grafe, Autor und Journalist



Roman Grafe las aus dem Sammelband »Die Schuld der Mitläufer«. Kurze Geschichten, Alltagsepisoden und Autorenzitate aus vierzig Jahren Diktatur sind in dem Band vereint. Grafe hatte ein Dutzend bekannte einstige DDR-Bürger wie beispielsweise Wolf Biermann, Stephan Krawczyk, Freya Klier, Reiner Kunze oder Fritz J. Raddatz gebeten, über ihren Zwiespalt zwischen angepasstem Mitschwimmen und offener Opposition zu schreiben.

Roman Grafe hat für die Dokumentation einige Zitate, die ihm wichtig sind, übermittelt:

»Das zu Ende gehende Jahrhundert hätte weniger Gräber verursacht und weniger Wunden aufgerissen, wenn die sogenannten anständigen Menschen mit Heftigkeit auf die reagiert hätten, die zuerst all das zerstörten, was es in Bildung und Erziehung an Wertvollem gibt, und dann ihre Macht nutzten, um Diskriminierung, Haß und Tod zu predigen.

Man frage die Opfer: Was hat sie am meisten betroffen gemacht – die



Grausamkeit der Henker oder die Apathie der Zuschauer? Nein, fragt sie lieber nicht: Ihre Antwort könnte euch verletzen. Für den Gefangenen in der Zelle wie für den Vater, der vor seinen niedergeschossenen Kindern steht, gibt es nichts Schlimmeres als das Gefühl, von seinen früheren Nachbarn oder Freunden verlassen worden zu sein. Vom Folterer erwarten sie nichts, doch hoffen sie wenigstens auf eine menschliche Geste von denen, die sie als ihresgleichen betrachten.

Werden die Männer und Frauen des nächsten Jahrhunderts in Europa oder anderswo mehr Mitgefühl für die Leiden derer aufbringen, die der Ungerechtigkeit oder der Verzweiflung zum Opfer fallen? Werden sie im Stande sein, den Rassismus und den Fanatismus zu besiegen, die unser Jahrhundert vergiftet haben? Ist der Mensch fähig, die Lektion zu lernen, die ihn seine persönliche oder die kollektive Erinnerung lehren könnte?«

Elie Wiesel 1999, (»Süddeutsche Zeitung«, 21.8. 99)

»Es ist jedes Menschen Mitverantwortung, wie er regiert wird. (...) Es gibt eine Solidarität zwischen Menschen als Menschen, welche einen jeden mitverantwortlich macht für alles Unrecht und alle Ungerechtigkeiten in der Welt, insbesondere für Verbrechen, die in seiner Gegenwart oder mit seinem Wissen geschehen. Wenn ich nicht tue, was ich kann, um sie zu verhindern, so bin ich mitschuldig.«

Karl Jaspers 1946: »Die Schuldfrage«

»Niemand kann von einem anderen verlangen, ein Held zu sein. Wohl aber kann von jedem verlangt werden, daß er kein Schurke und kein Lump sei. Seit 1945 sind im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus moralische Fragen unzulässig auf die Alternative: dulden oder widerstehen unter Einsatz des Lebens (oft sogar: Mittäter oder Selbstmörder) verkürzt worden. (...) Das Bild einer nur passiven Bevölkerung zu zeichnen, der es allein an dem Heldenmut gefehlt habe, der im Zweifelsfalle jeder Mehrheit fehlt, ist historisch falsch. (...)

Es geht darum, Geschichte so zu schreiben, (...) daß sichtbar bleibt – oder erst wird –, daß die Ereignisse Taten gewesen sind, die hätten unterbleiben können, wenn die, die sie begangen haben, es anders gewollt hätten.»

»Auch ist es nutzlos, (...) längst vergangene Zustände des langen und breiten zu schildern, (...) wenn man dabei vergißt, daß Spurenelemente von damals noch vorhanden sind und Anpassung, Feigheit, Unterwürfigkeit, Mangel an rebellischem Geist, Staats-Hörigkeit, Untertanengeist, Behördengläubigkeit, Bravheit, Bequemlichkeit, Borniertheit, Karrierismus, Verklemmtheit und Strebertum, welche das Terrorregime nicht geschaffen, aber ermöglicht haben, immer noch leben.«

Niklaus Meienberg 1980 (»Es ist kalt in Brandenburg«)

»Zwischen Anpassen und Widerstehen konnte ein jeder sein Maß finden. Wie viele haben dieses Maß ernsthaft gesucht? Und wie viele sind widerwillig oder bereitwillig mitgelaufen? (...) Man mußte ja kein Widerstandskämpfer sein, um der Versuchung des Mitlaufens und Mitmachens zu widerstehen. Die Angst, wegen Widerstands Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt zu sein, mußte kein Grund sein, gleich den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. (...) Ohne die Mitläufer hätte die Diktatur nicht vierzig Jahre so funktioniert. Die Täter konnten sich auf das Schweigen der Mehrheit verlassen.«

Roman Grafe 2009 (»Die Schuld der Mitläufer. Anpassen oder Widerstehen in der DDR«)

Roman Grafe

wurde 1968 in der DDR geboren. Nach einigen erfolglosen Versuchen gelang es ihm im Januar 1989 in die Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln. Danach studierte er Journalistik an der Journalistenschule St. Gallen in der Schweiz. Seit 1993 arbeitet er als Autor und freier Journalist unter anderem für die ARD und die Süddeutsche Zeitung.

Seine Bücher behandeln vor allem die Geschichte der Innerdeutschen Grenze und die Prozesse gegen die Mauerschützen und ihre Befehlsgeber.

Nach dem Amoklauf von Winnenden im März 2009 gründete Grafe mit anderen die Initiative »Keine Mordwaffen als Sportwaffen«, die sich für ein Verbot tödlicher Waffen im Schießsport einsetzt.

Klage gegen das Buch Deutsche Gerechtigkeit

Mediale Aufmerksamkeit erhielt Grafe, als das Landgericht Berlin 2006 die weitere Verbreitung des Buches Deutsche Gerechtigkeit in der ursprünglichen Fassung unter-

sagte. Ein ehemaliger Politoffizier der DDR-Grenztruppen, hatte gegen eine identifizierende Berichterstattung über seine Person geklagt, zunächst mit Erfolg, aber letztendlich vergeblich. Dem Kläger werde in dem Buch indirekt eine moralische Mitschuld am Tod von Chris Gueffroy vorgeworfen. Der Kläger war als Politoffizier zuständig für den Grenzabschnitt in dem Gueffroy, das letzte Opfer, das durch Waffeneinsatz an der innerdeutschen Grenze ums Leben kam, erschossen wurde. Er hatte sich auf den Schutz seiner Anonymität berufen und argumentiert, es gebe kein öffentliches Interesse an der Nennung seines Namens.

Parallel zur Lesung stellte Bettina Evert vom Hamburger Schulmuseum den Museumskoffer vor.

Der Museumskoffer

An Hand des Koffers wird die Schulzeit im Nationalsozialismus erfahrbar zunehmende Ausgrenzung jüdischer MitschülerInnen gezeigt und zeitgeschichtlich eingeordnet.

Das Schulmuseum kommt auch zu Konfirmandengruppen und Schulklassen vor Ort.

Einsatz des Museumskoffers:

- in Anknüpfung an Lektüren im Deutschunterricht

- zur Vor- und Nachbereitung eines Ausstellungs- oder Gedenkstättenbesuches

- zur Einführung in das Thema Nationalsozialismus

- im Rahmen einer Projektwoche oder anderer Formen der Projektarbeit

- im Rahmen der »Prävention gegen Rechts«

*Diese Angebot kann von Schulen beim Schulmuseum gebucht werden:
Mo - Fr 8.00-12.30, Tel.: 040 / 34 58 55, schulmuseum@li-hamburg.de
Kosten: 2,50 Euro pro Schüler / Schülerin*



Sonnabend, 28. Januar 2012:

Ab 7.30 Uhr Frühstück

8.30 Uhr Morgenandacht

9.00h Anfangen und Grußwort
W. v. Rechenberg, Axel Schulz, Markus Wiechert

9.30 Uhr »Demokratie eine Zu-Mutung«
Otto Herz, Demokratiepädagoge,
Bildungswissenschaftler, Leipzig, Bielefeld

10.45 Uhr Pause

11.00 Uhr Workshops
Workshop 1: »Einmischung erwünscht!«
Das 1x1 der Kommunalpolitik
Dr. Klaus-Michael Glaser, Städte- und Gemeindetag M-V,
Schwerin

Workshop 2: »Spinne oder Fliege im Netz«
Bündnisarbeit aus kirchlicher Perspektive.
Joachim Nolte, Beauftragter Kirche gegen
Rechtsextremismus,
Ev. Luth. Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg

Workshop 3: »Und unser brauner Nachbar auch?«
Umgang mit Rechtsextremismus in der Gemeinde
Nora Nübel, Wiebke Juhl-Niesen, Regionalzentrum für
demokratische Kultur Nordvorpommern-Rügen, Stralsund

Workshop 4: »Schweigen ist Silber, aber wie reden?«
Rechtsextremismus als mediales Problem
Andreas Speit, Journalist, Hamburg

13.00 Uhr Mittagessen

13.45 Uhr Abschlussplenum

14.15 Uhr Reisesegen

Grußwort

Markus Wiechert, Beauftragter der Evangelischen Kirchen Mecklenburgs und Pommerns bei der Landesregierung



Liebe Freunde der Demokratie, liebe Schwestern und Brüder, vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit heute zu Ihnen sprechen zu können. Ich grüße Sie heute Morgen von der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und gratuliere ganz herzlich zum offiziellen Auftakt des Projektes »Kirche stärkt Demokratie«. Es ist mir sehr wichtig, dass wir miteinander nach der christlichen Verantwortung für die Demokratie fragen. Es ist höchste Zeit, miteinander in unserer Kirche über eine theologisch-politische Standortbestimmung zu diskutieren. Und: Es ist gut, dass die AG TEO dies erkannt hat und durch eine Förderung aus dem Bundesprogramm »Zusammenhalt durch Teilhabe« die Trägerschaft für dieses Projekt übernehmen konnte. Ganz herzlichen Dank allen, die für diese Initiative Verantwortung tragen!

Mit der letzten Landtagswahl im September 2011 hat sich die Frage: Wie stärkt die Kirche die Demokratie? noch einmal neu gestellt. Und sie hat auch die Kirchenleitung ausführlich beschäftigt. Die Wahlbeteiligung lag mit 51,5 % so niedrig wie noch nie bei Bundes- oder Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Nicht allein in den Parteien, auch in der Kirche sollte dies als Alarmsignal verstanden werden: Sind einzelne Gruppen in der Bevölkerung gerade dabei, sich von einer demokratischen Kultur abzukoppeln?

Die Gründe dafür sind vielschichtig. Von der Meinung: »Es gibt doch nichts Wichtiges mit zu entscheiden« bis hin zu einer allgemeinen Politikverdrossenheit. Und diese ist wiederum oft darin begründet, dass sich Menschen bevor sie sich abgekoppelt haben, das Gefühl hatten, schon selber abgekoppelt zu sein. Weil sie keinen Zusammenhalt und keine Teilhabe mehr gespürt haben. Das ist eine Anfrage an die Politiker. Und es ist auch eine Aufgabe für unsere Kirche, auf diese Menschen zu zugehen. Sie in eine Gemeinschaft einzuladen, an der sie teilhaben können und durch sie Zusammenhalt spüren. Ihnen aber zugleich auch die Frage zu stellen, was hilfreicher ist: politische Partizipation oder völliger Rückzug aus der Mitverantwortung.

Auf jeden Fall dürfen wir dieses Feld nicht der NPD überlassen, die sich als Kümmerer-Partei aufzuspielen versucht. War bei der letzten Wahl zwar keine Ausweitung der Wählerstimmen zu erkennen, so ist es den demokratischen Parteien aber auch nicht gelungen, Wählerstimmen zurück zu gewinnen. Ca. 18.000 Wähler verlor die NPD an die Gruppe der Nichtwähler. An dem Ergebnis von 6,0 Prozent wird deutlich, die NPD hat sich in unserem Land mit einer Stammwählerschaft verfestigt. Mittlerweile ist genauer untersucht worden, welchen Einfluss die Konfessionsbindung auf das Wahlverhalten bei uns in Mecklenburg-Vorpommern hat. Unter evangelischen Christen stimmten 31 % für die CDU, 37% für SPD, 11% für die LINKE, 3% für die FDP, 11% für Bündnis 90/Die Grünen und 5% für die NPD. Steffen Schon schreibt in seiner Wahlanalyse: »Bei der NPD schließlich wirkt eine konfessionelle Bindung, vor allem bei KatholikInnen, eher dämpfend auf die Erfolgchancen. Allerdings hätte man bei den Protestanten auch einen diesbezüglich größeren Effekt erwarten können.«

Daran wird deutlich, wir bilden als Kirche nicht allein ein Gegenüber zur Gesellschaft ab, sondern sind auch ihr integraler Bestandteil. Wir müssen überaus wachsam dafür sein, welche Entwicklungen der Gesellschaft im Allgemeinen auch vor unseren Kirchgemeinden nicht Halt machen. Aktuelle Studien belegen, dass rechtsextreme und antisemitische Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein verbreitet sind. Und das kann auch bedeuten, bis in die Mitte der Kirche hinein. Mit der Frage nach der christlichen Verantwortung für die Demokratie muss deshalb auch die Situation innerhalb der Kirche genau in den Blick genommen werden. Hier fängt die Verantwortung an. Und sie reicht von hier bis hinein in die gesamte Gesellschaft.

Natürlich sind wir dort gefordert, wo wir demokratiefeindliche Tendenzen in unseren eigenen Reihen zu spüren bekommen. Doch schon viel früher: Wir sind überall dort gefordert, wo die Wertschätzung der Demokratie verloren zu gehen droht. Wo die Bereitschaft, sich in den politischen Diskurs einzumischen, der Gleichgültigkeit weicht. Oder gar einer falsch verstandenen Zurückhaltung, die meint, es sei nicht die Sache von uns Christen, uns gesellschaftspolitisch zu engagieren. Und es sei auch nicht die Aufgabe einer Kirchgemeinde, die Türen ihrer Ge-





meinderäume weit zu öffnen, um das Gespräch zwischen Bürgern und Politikern neu voranzubringen und selber mitzureden.

Die Synoden der beiden evangelischen Landeskirchen in Mecklenburg-Vorpommern haben sich bereits auf ihren Frühjahrstagungen 2006 deutlich dazu positioniert:

»Extremistischen Ideologien wird wirksam begegnet, wo die Identifikation der Bevölkerung mit dem demokratischen Gemeinwesen gefördert wird. Um demokratiefeindlichen Positionen den Nährboden zu entziehen, muss demokratische Kultur eine erlebbare und konkrete Alltagspraxis möglichst vieler Menschen werden. Eine Kultur zu entwickeln, die Andersdenkende akzeptiert, Fremde integriert, konstruktiven Meinungsstreit befördert und vielfältige Lebensweisen ermöglicht, ist eine bleibende gesellschaftliche Aufgabe in unserem Bundesland. Auf der Grundlage der Menschenrechte braucht eine solche Kultur des Miteinanders selbstbewusst handelnde Akteure, tragfähige und verlässliche Strukturen sowie eine klare Werteorientierung an der Würde, die jedem Menschen zukommt.«

Und nun die Frage: Bin ich als Christ/in in meiner Gemeinde für unser Land »Salz der Erde«!? Ich habe mich gefreut und finde es theologisch völlig richtig, dass sie nach Jesu Worten aus der Bergpredigt – «Salz der Erde!» zuerst ein Ausrufezeichen und erst danach ein Fragezeichen gesetzt haben. Denn allem voran steht Erde. Wenn aber das Salz fade wird, womit sollen wir salzen? – So steht es im Matthäusevangelium Kapitel 5, 13. – Und es ist Gabe und Aufgabe zugleich. Jesus sagt den Menschen, die ihm nahe sind, ursprünglich den Jüngern: Es steckt eine große Kraft in euch. Mischt euch ein, damit alle teilhaben können und Geschmack am Leben finden.

Was fade, lebensfeindlich und angepasst ist, wird durch das Salz verwandelt. Ihr habt Würze, sagt Jesus, die das Leben braucht, um genießbar zu werden. Und dabei sollen wir als Christen Salz der Erde sein. Es nicht vom Salz in der Gemeinde der Christen, nicht vom Salz für die Kirche, sondern vom Salz der Erde für alle die Rede. Das passt nicht zusammen mit dem Satz mancher Politiker, die meinen: Religion und der Christliche Glaube sei Privatsache. Dass es nicht stimmt, wissen all jene, die 1989 miterlebt haben, welche Kraft von den Friedensgebeten in unseren



Kirchen ausgegangen ist. Und welche Bedeutung sie hatten für unseren Weg in die Demokratie.

Das Salz salzt, indem es hineingemengt wird und dabei seine Kraft weitergibt. Ihr seid das Salz der Erde! – Dieses Bibelwort traut uns zu, kraftvoll Gutes zu bewirken und stellt uns zugleich vor die Aufgabe, die Entwicklung in unserer Welt nicht sich selbst zu überlassen, sondern sich einzumischen. Für gerechte Beziehungen und soziale Teilhabe einzutreten. Nach dem Ausrufezeichen steht das Fragezeichen: Werden wir dieser Verantwortung gerecht. Oder sind wir auch als Kirche und einzelner Christ manchmal viel eher geneigt, uns aus der öffentlichen Verantwortung zurückziehen?

Gut, dass sie auf dieser Tagung den Raum haben, diese Frage miteinander zu diskutieren. Aus meiner Sicht gibt es bei der Arbeit in unseren Kirchengemeinden und dem Wirken unserer Kirche viele Berührungspunkte zwischen Christentum und Demokratie:

Die unantastbare Würde jedes Menschen, die Anerkennung von Freiheit und Gleichheit, der wache Blick für menschliche Fehler und der offene Umgang mit Schuld, Respekt der Verschiedenheit der Menschen und das Eintreten für die Menschenrechte aller... all dies sind Orte, an denen Christentum und Demokratie einander begegnen.

Doch die Demokratie lebt auch davon, gemeinsam mit dem Christentum, die Erinnerung daran wach zu halten, was Diktaturen anrichten. Der gestrige Tag, als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus bot an kirchlichen und staatlichen Orten einen wichtigen Anlass dafür.

Am Donnerstag war ich zu Gast in einem Kirchengeschichtsseminar der Theologischen Fakultät der Universität Rostock. Aus Anlass der Fusion der drei Kirchen im Norden stellten Studenten eine Power Point Präsentation vor, zu 1000 Jahren Mecklenburgischer Kirchengeschichte. Sie wird demnächst an die Kirchengemeinden verschickt, um in Gemeindeabenden noch einmal die Orientierungen und Prägungen unserer Kirche anschaulich werden zu lassen. Mir ist dabei deutlich geworden, dass der Weg der Kirche zur Demokratie lang war und auch keineswegs immer geradlinig verlaufen ist. Deutlich wird daran auch, dass Demokratie sowohl für die Kirche als auch für die Gesellschaft nichts Selbstverständliches ist. Aber sie gewinnt Zukunft, durch Menschen, die darin nicht

allein eine parlamentarische Regierungsform sehen, sondern eine Lebensform, die in der Auffassung von der Würde, dem Wert und den unverhandelbaren Rechten eines jeden Menschen wurzelt. Die Demokratie gewinnt Zukunft durch Menschen, die aus dem christlichen Glauben die Kraft gewinnen, Salz der Erde zu sein.

Vielen Dank für Ihren ganz persönlichen Einsatz und ihre Beteiligung in Ihrer Gemeinde und für unser Land!

Vortrag und Diskussion

»Demokratie eine Zu-Mutung«

Otto Herz, Demokratiepädagoge, Bildungswissenschaftler, Leipzig, Bielefeld



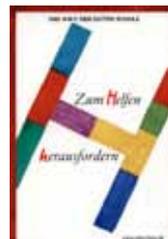
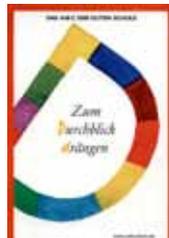
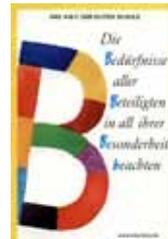
Otto Herz, engagierter Reformpädagoge stellte am 2. Tag an Hand autobiografischer Schlüsselerlebnisse Bedingungen für gelebte Demokratie in Familie, Schule und Gesellschaft dar.

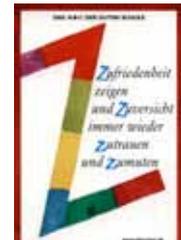
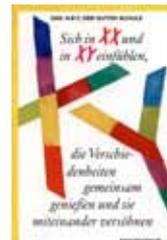
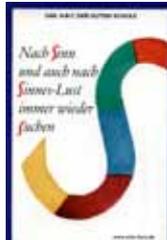
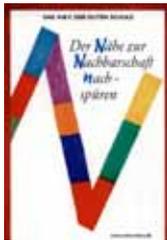
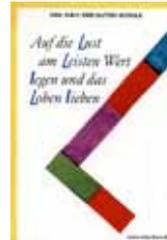
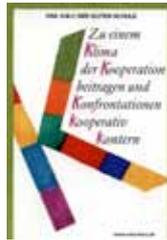
Über Otto Herz schreibt die Deutschen Lehrerzeitung (DLZ):

»Otto Herz wurde am Frühlingsanfang unter Tieffliegern 1944 in Weinheim/ Bergstraße geboren. Dass Lernen faszinierend sein kann, erfuhr er in der evangelischen Gemeindejugend. Und dann auf der Odenwaldschule. Herz studiert nach dem Abitur Psychologie, Pädagogik, etwas Philosophie, etwas Theologie – in Hamburg und Konstanz. In Hamburg wird er Initiator der Aktion «Student in die Betriebe». 1967/68 war Otto Herz stellvertretender Vorsitzender des vds (verband deutscher studentenschaften). 1970 bis 1980 Mitarbeiter in der Universität Bielefeld. Er ist beteiligt am Aufbau der Laborschule und des Oberstufen-Kollegs. 1980 bis 1982 Bundesvorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) und von 1981 bis 1984 letzter «Oberleiter» der Hermann Lietz-Schule, dem Gründungsinternat der Deutschen Landerziehungsheime. Danach geht Herz als wissenschaftlicher Mitarbeiter ans Institut für Interkulturelle Erziehung und Bildung, Freie Universität Berlin. Ab 1987 wird er im Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Soest/NRW, tätig für das Projekt «Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule» (GÖS), für COMED e.V., den Verein zur Förderung von Community-Education, und ist Leiter der Arbeitsstelle Praktisches Lernen, Universität Dortmund.



1993 bis 1997 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Vorstandsbereich Schule. Sabbatjahr in Calcutta und Darjeeling, Indien, in irischen Internaten und Wahlkampf für den Oberbürgermeister von Leipzig, Wolfgang Tiefensee. – Seitdem ist er freiberuflich tätig.«
 Zum Abschluss seines lebendigen Vortrags machte Otto Herz am ABC der guten Schule klar, dass bei allem, was wir gestalten wollen, der Mensch im Mittelpunkt stehen sollte und dafür eine Kultur der Wertschätzung und Anerkennung, auch in der Kirche gelebt werden muss.





Auf der Fachtagung wurden vier Workshops angeboten:



Workshop 1:

»Einmischung erwünscht« – Das 1x1 der Kommunalpolitik

In dem Workshop ging es um die Grundlagen des Kommunalrechts, die ein wesentlicher Pfeiler des demokratischen und föderalen Staates sind, sowie um Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagement im Rahmen der Gemeindevertretung.

Dr. Klaus-Michael Glaser leitet das Referat III in der Geschäftsstelle des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern, das sich mit Rechtsangelegenheiten, Ordnung und Sicherheit, E-Gouvernement befasst. Der Verwaltungsjurist ist stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Pinnow bei Schwerin.



Workshop 2:

»Spinne oder Fliege im Netz« – Bündnisarbeit aus kirchlicher Perspektive

Seit Jahren versuchen Neonazis den Jahrestag der Bombardierung Lübecks am Ende des zweiten Weltkriegs für eine Relativierung der Verbrechen der NS-Diktatur zu nutzen.

Die jährlichen Aufmärsche der Nazis in Lübeck, die Demonstrationen des Bündnisses ‚Wir können sie stoppen‘ für Demokratie und Toleranz, die unzähligen Gespräche, Diskussionen, das Annähern anfänglich recht unterschiedlicher Positionen und Vorstellungen von Aktionsformen im Bündnis, die Themensynode zum Rechtsextremismus, die innerkirchlichen Diskussionen – all das hat bei vielen Beteiligten einen Prozess weiteren gemeinsamen Nachdenkens in Gang gesetzt.

Welche Aufgabe und Rolle haben wir als Kirche angesichts fremdenfeindlicher, rassistischer und neonazistischer Ideologien und Aktionen in unserer Stadt, in unserer Gesellschaft?

Dieses Nachdenken muss in unserer Kirche über den direkten Kontext der jeweils Ende März stattfindenden Demonstrationen hinaus entwickelt werden.



Dem Ev. Luth. Kirchenkreis Lübeck ist bewusst, dass die Kirche eine besondere Aufgabe in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat. Diese Aufgabe gründet gerade in Lübeck auch in der Verantwortung vor der Geschichte unserer Kirche im Dritten Reich. Kirche ist verpflichtet sich aktiv in die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien einzubringen.

Dieser Verantwortung stellt sich der Ev. Luth. Kirchenkreis Lübeck und bringt sie als gemeinsame kirchliche Aufgabe durch die Einrichtung einer Beauftragung »Kirche gegen Rechtsextremismus« zum Ausdruck.

Joachim Nolte ist ehrenamtlicher Beauftragter »Kirche gegen Rechtsextremismus« des Kirchenkreises Lübeck- Lauenburg und Mitglied des Sprecherrates der Bundesarbeitsgemeinschaft »Kirche gegen Rechtsextremismus« (BAGKR).

Workshop 3:

»Und unser brauner Nachbar auch« – Umgang mit Rechtsextremismus in der Gemeinde

Regionalzentrum für demokratische Kultur Stralsund

An Hand alltäglicher Beispiele aus Kirchengemeinden wurden Möglichkeiten des Umgangs mit rechtsextremen Akteuren vorgestellt und diskutiert.

»Der Respekt vor der Vielfalt der Schöpfung und die Anerkennung aller Menschen als gleichwertig und gleichrangig sind Kern der christlichen Werteorientierung und des biblischen Menschenbildes. Das Eintreten für die universellen Rechte aller Menschen ist Teil des Selbstverständnisses der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern und ihrer beiden Regionalzentren.

Die Anerkennung allgemeingültiger Menschenrechte sowie die Bereitschaft zu Pluralismus und friedlichem Meinungsstreit bilden das Fundament der Demokratie – die Demokratie ist ihrerseits die Gesellschaftsform, die deren Bestand und Geltung bislang am erfolgreichsten verteidigen bzw. ermöglichen konnte.

Die Beratung ist parteipolitisch unabhängig und fördert die Vielfalt der politischen Perspektiven und Positionen. In Mecklenburg-Vorpommern

leugnen in besonderem Maße rechtsextreme Ideologien den Kerngedanken der Menschenrechte, des Grundgesetzes und des christlichen und humanistischen Menschenbildes, dass alle Menschen gleichwertig sind, dass sie gleich sind an Wert und an Würde.«

Die 5 Regionalzentren erweitern und stärken demokratische Strukturen, um damit die wirksamste Prävention gegen Rechtsextremismus und andere demokratiefeindliche Ideologien zu leisten. Sie verstehen sich als Knotenpunkte eines sich ausweitenden Beratungsnetzwerkes, das kontinuierlich um die Akteure und Strukturen erweitert wird, die im Themenbereich Demokratieentwicklung aktiv werden.

Weitere Informationen und Kontaktdaten unter: <http://www.mv-demokratie.de>

Workshop 4:

»Schweigen ist Silber, aber wie reden?« – Rechtsextremismus als mediales Problem

Anstelle der Workshop-Präsentation dokumentieren wir mit freundlicher Genehmigung der taz Interviewauszüge, in denen Andreas Speit seine Arbeit der taz vom 30.09.2011 erläutert.

»Speit, taz, Feind«

Seit 20 Jahren hat Andreas Speit den »rechten Rand« im Blick.

Ein Gespräch über Euthanasie, quietschende Reifen und Smalltalk mit Nazis.

taz: Wird man der Rechten irgendwann müde, Andreas Speit?

Andreas Speit: Nein, überhaupt nicht. Das gesellschaftspolitische Phänomen bleibt nicht nur bestehen, es differenziert sich immer weiter aus. Das Spektrum reicht von rechten Esoterikern bis zu militanten Neonazis.

Ist es nicht zermürend, immer nur mit Leuten zu tun haben, deren Anschauungen man für gefährlich hält?

Die Hoffnung der rechtsextremen Szene ist es doch, dass wir uns an sie gewöhnen. Mit ihren permanenten Aktionen wollen sie den zivilgesellschaftlichen Protest müde machen - auch die Medien. Die Chance, kon-





tinuierlich in einer Kolumne berichten zu können, ermutigt mich da eher. Ermutigend ist aber vor allem, dass wir über Menschen berichten, die sich vor Ort gegen Rechtsextreme wehren, gerade im ländlichen Raum ist das unglaublich bewundernswert. Ich komme selbst vom Land und weiß, wie leicht man sich dort einschüchtern lassen kann.

Wie sind Sie zu dem Thema gekommen?

Ich habe eine Ausbildung im Behindertenbereich gemacht. Da wurde über Bevölkerungs- und Biopolitik als Herrschaftsinstrument im Nationalsozialismus diskutiert. Das sind Themen, die bis in die Gegenwart reichen. Veröffentlicht habe ich dann zuerst Artikel über den Umgang mit behinderten Menschen und überzeugten NS-Medizinern nach 1945.

...

Ich stelle mir die Informations-Beschaffung schwierig vor.

Ich bin manchmal überrascht, wie wenig Vorstellung es in den Redaktionen darüber gibt, wie diese Arbeit läuft. Es wird einem gerne vorgehalten: »Warum haben Sie nicht angerufen, um die Gegenmeinung einzuholen?« Wir machen das, aber oft wird aufgelegt. Von sich aus bestätigen die Redaktionen auch selten etwas. Die Szene ist sehr bemüht, interne Debatten und personelle Kontakte nicht groß öffentlich werden zu lassen. Das haben wir bei den Recherchen zu unserem neuen Buch »Mädelsache!« wieder erfahren, wo es darum geht, wie Frauen in der NPD oder in der Gemeinde auftreten, um Macht oder Akzeptanz zu gewinnen. Die Frauen sind sehr verschwiegen. Die gesamte Szene will auf keinen Fall ihre verharmlosende Außendarstellung beschädigen. Das erfordert besondere Recherchewege.

Nämlich?

Für uns ist entscheidend, bei den geheimen, nicht-öffentlichen Veranstaltungen zu sein, wo sie glauben, unter sich zu sein, und ihr wahres Gesicht zeigen.

Was erlebt man dort?

Bei Vorträgen erklärt ein NPD-Kader dann beispielsweise: »Liebe Kameraden, wir wissen alle, wie gut die Arbeitsmarktpolitik im Dritten Reich gewesen ist, aber wir wissen auch, so gewinnen wir keine Wahl.« Bei Ferienlagern malen Kinder Deutschland in den alten Reichsgrenzen oder sehen antisemitische Hetzfilme aus dem Dritten Reich.

Ist es ein Problem, dass Sie sich einen Namen und auch ein Gesicht mit der Berichterstattung gemacht haben?

Ja und Nein. Denen ist sehr bewusst, dass ein Angriff auf uns eine größere mediale Resonanz hätte und gerade in Wahlkampfzeiten wollen sie solche Presse nicht. Aber die Szenen sind sehr unterschiedlich. In der NPD sind viele bemüht, sich bürgerlich zu geben, dementsprechend ist der Umgang mit der »Systempresse«, andere in der Partei wollen die »Schweine- und Judenpresse« persönlich vertreiben. Wieder andere denken eher: Speit, taz, Feind – wir wissen, was wir zu erwarten haben, und reden. Auf diese Feind-Idee stehen sie – nach dem Motto: Feind auf Augenhöhe. Das hat viel mit ihrem Männlichkeits- und Kampfverständnis zu tun.

Wie massiv sind Sie für diese Arbeit bedroht worden?

Wenn wir auf rechtsextremen Veranstaltungen auftauchen, erfreut es nicht. Wir mussten schon öfters mit quietschenden Reifen wegfahren. Als wir nach einem Interview gefragt haben, war die Antwort ein definitives Nein und zugleich sah man, wie sie versuchten, Wege abzusperren, um uns zu kriegen. Das ist manchmal wie im Krimi, mit Autos, die von hinten an einen heranfahren. Gern wird auch geschubst, gespuckt oder geschlagen. (...)

Ist es eigentlich für Sie ein Problem, wenn Sie einen Rechtsextremen sympathisch finden?

Das ist noch nie passiert. Wenn sich jemand für diese Ideologie entschieden hat – und wir reden jetzt von Kadern, nicht von Mitläufern – dann kann es sein, dass er nett daherkommt, aber für mich ist bestimmend: Der hat eine menschenverachtende Weltanschauung verinnerlicht und dafür steht er. Einen Sympathiezuwachs wegen des persönlichen Auftretens konnte man bei den Medien erleben, als Andreas Molau für die NPD agierte. Er unterlief nämlich die Klischeevorstellungen, die trotz aller Berichterstattung vorherrschen: Als Waldorf-Lehrer war sein Habitus, die Kleidung und Sprache, recht nahe an dem soziokulturellen Milieu der Journalisten. Bei einem Marsch mussten wir mal dank der Proteste länger warten, nach und nach fingen Journalisten mit Molau Smalltalk an. Ich habe nichts gesagt. Da kam er auf mich zu und sagte: »Herr Speit, haben Sie denn gar keine Fragen?« Ich sagte: »Nein.«

Noch ist die NPD eine erlaubte Partei. Gelten für Sie andere Gesetze in der Berichterstattung?

Für die NPD selbst gilt die Presse als Feind. Die journalistische Auseinandersetzung ist insofern eine doppelte Herausforderung: Um der journalistischen Sorgfaltspflicht gerecht zu werden, sollte Rechtstextremismus wie jedes Thema bearbeitet werden - und kann doch nicht so behandelt werden, gerade bei der Recherche. Und wir müssen uns fragen, wann die Berichterstattung Werbung für sie ist, das ist der andere Spagat. Wenn Kader mit uns doch mal Gespräche führen, dann müssen wir überlegen, wie die Aussagen eingefangen werden können. Und ohne intensive Vorbereitung sollte man nicht ins Gespräch gehen. Bei Rechtsextremen fragen Journalisten gern: »Wie stehen Sie zum Holocaust?«, die Antwort kann dann lauten »Bei uns ist das nicht so Thema«, dann ist es entscheidend, dass man weiß: »Aber in der Zeitung x wird er gelehrt und die haben Sie im Abo.« Sonst wird es PR.

Interview: Friederike Gräff



Andreas Speit, 44, ist freier Journalist und Buchautor. Er schreibt seit 20 Jahren über Rechtsextremismus, seit 2005 die wöchentliche Kolumne »Der rechte Rand« für die taz Nord. Sein aktuelles Buch mit Andrea Röpke: »Mädelsache!« widmet sich den Frauen in der Neonazi-Szene. Seine Artikel gehören zu den fundierten Beiträgen, wenn es um Neonazis geht. An Hand der aktuellen Debatte und Berichterstattung über den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) zeigte er Risiken, Grenzen und betonte die Notwendigkeit einer (selbst-)kritischen Reflexion im Umgang mit diesem Thema.

Dezember 22, 2011

Kirche stärkt Engagement gegen Rechtsextremismus

Im Januar ist eine landesweite Fachtagung zur christlichen Verantwortung für die Demokratie geplant. Veranstalter ist die Arbeitsgemeinschaft Tage Ethischer Orientierung (AG Teo), die 2012 auch 23 Workshops für Kitas und Schulen in MV organisiert. Schwerin (nk)

Die Kirche will sich stärker für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern engagieren. Auf einer Fachtagung am 27. und 28. Januar 2012 im Ferienland Salem bei Malchin sollen sowohl Gemeindemitglieder als auch andere politisch interessierte Bürger praktische Tipps für den Umgang mit dem Thema erhalten, wie Karl-Georg Ohse von der veranstaltenden AG Teo jetzt in Schwerin ankündigte. »Ich halte es für dringend notwendig, dass die Kirche dieses Thema bearbeitet«, so Ohse.

Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU) – seit der neuen Legislaturperiode auch zuständig für Kirchenthemen – soll die Veranstaltung eröffnen. Erwartet wird auch der Politikwissenschaftler Dierk Bostel von der Universität Bielefeld, der den Zustand der Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern beleuchten will. Christian Spiess von der katholischen Fachhochschule Berlin will zudem eine kritische Bilanz des Verhältnisses von Demokratie und Kirchen ziehen. Anregungen und Hilfestellungen soll es dann in sieben Workshops geben. Die Themen reichen vom Umgang mit Rechtsextremismus in der Gemeinde über kommunalpolitisches Grundlagenwissen bis hin zur Opfersolidarität.

Die Tagung ist der offizielle Auftakt des Projekts »Kirche stärkt Demokratie«, das sich seit September 2011 in Trägerschaft der AG Teo befindet. Mit dem Projekt soll das Thema Demokratie in unterschiedlicher Weise in Kirchgemeinden und kirchliche Einrichtungen eingebracht werden, um Engagement für Menschenwürde und gegen antidemokratische Einstellungen und Diskriminierung zu fördern. Vor Ort gebe es oft noch Ängste und Unsicherheiten im Umgang mit dem Thema, weiß Ohse.

Das Projekt soll Menschen ermutigen, sich wieder mehr in gesellschaftspolitische Belange einzumischen. Die Initiative wird durch Bundesmittel aus dem Programm «Zusammenhalt durch Teilhabe» gefördert.

Neben themenbezogenen Projekten kümmert sich die AG Teo seit zwölf Jahren vor allem um kirchlich-schulische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern. Die Arbeitsgemeinschaft ist ein gemeinsames Unternehmen des Bildungsministeriums, der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, der Pommerschen Evangelischen Kirche und des Erzbistums Hamburg. Sie wurde zu einer Zeit ins Leben gerufen, als die Zahl der so genannten Diskounfälle mit toten Jugendlichen im Land extrem hoch war. Damals wurde an die Kirche der Wunsch nach Workshops für Jugendliche zur Wertschätzung des Lebens herangetragen, wie Matthias Bender von der AG Teo berichtet.

Seither ist eine Vielzahl von Angeboten vom Kita-Alter bis zur Berufsschulzeit entstanden – sowohl für den Nachwuchs als auch für Eltern, Erzieher und Lehrer. »Es geht darum, Kindern und Jugendlichen Werte, Orientierung und Handlungskompetenzen zu vermitteln«, erläutert Bender.

Während »Teo-lino« für Grundschulklassen beispielsweise darauf ausgerichtet ist, dass sich Kinder, Eltern und Lehrer besser kennenlernen, können Fünft- und Sechstklässer ihre Teamfähigkeit beim gemeinsamen Zelten erproben. Für ältere Schüler gibt es unter anderem Workshops zu Themen wie Macht, Gewalt und Gerechtigkeit oder auch Berufsorientierung. Das Konzept biete die Möglichkeit, dass sich die Schüler mit ihren eigenen Erfahrungen einbringen und ihre Sorgen, Wünsche und Nöte ansprechen, so Bender.

Im kommenden Jahr organisiert die AG insgesamt 23 Veranstaltungen, an denen wieder jeweils mehr als 100 Schüler sowie Lehrer und Eltern aus dem ganzen Land teilnehmen werden. Verschiedene Schularten werden dabei bewusst gemischt, um das Miteinander zu fördern, wie Bender sagt. Während die Angebote für Grundschulen und Orientierungsstufen schon ausgebucht sind, gibt es für ältere Schüler noch freie Plätze. Die Termine für 2012 sind im Internet unter www.teoinmv.de zu finden. Ab Januar stehen dort auch die Termine für 2013.



Medieninformationen zur Fachtagung »Salz der Erde!?!« – Christliche Verantwortung für die Demokratie

»Demokratie fällt nicht vom Himmel!« Christen diskutierten gesellschaftliches Engagement in Salem

Mit der Fachtagung »Salz der Erde!?! – Christliche Verantwortung für die Demokratie« wurde am 27. Januar 2012 das Projekt »Kirche stärkt Demokratie« offiziell eröffnet. Das Projekt wird aus dem Programm des Bundesinnenministeriums »Zusammenhalt durch Teilhabe« gefördert und ist bei der AG TEO in Schwerin angesiedelt. Fachtagungen, wie diese sind, so Projektleiter Karl-Georg Ohse, eine gute Möglichkeit viele Menschen zu erreichen und die Diskussion in die Kirchen zu tragen. Ohse sieht die Tagung als Zeichen der Ermutigung. Kirchgemeinden dürfen nicht schweigen, wenn zentrale Werte unseres Glaubens und der Demokratie, wie die Gleichwertigkeit aller Menschen, die soziale Gerechtigkeit der Gesellschaft oder der Schutz von Minderheiten in Frage gestellt würden. Dass die Tagung am Holocaustgedenktag stattfindet, sei auch ein Zeichen gegen Antisemitismus und Rassismus. Die aktuelle innerkirchliche Debatte über Homosexualität zeige zum Beispiel, so der Projektleiter, dass menschenfeindlichen Einstellungen auch in der Kirche ein Thema ist.

Wolfgang v. Rechenberg, Referent für schulkooperative Arbeit und Leiter der AG TEO (Tage ethischer Orientierung) hofft, dass das Projekt Impulse für die demokratiepädagogische Arbeit in den Kirchgemeinden setzt. Kirchen vor Ort sei ein wichtiger Akteur, wenn es um die Gestaltung des sozialen und kulturellen Miteinanders in Dörfern und Städten ginge. Sie müssten, so von Rechenberg, sowohl »Salz in der Suppe« als auch »Salz auf die Wunde« sein, wenn die Prinzipien der Menschenwürde in Frage gestellt werden.

Ministerin Kuder bekräftigt Kurs der Landesregierung gegen Rechtsextremismus

Die Tagung in Salem am Kummerower See, zu der sich 70 TeilnehmerInnen aus der evangelischen und katholischen Kirche angemeldet haben, wurde mit einem Grußwort von Justizministerin Uta-Maria Kuder, die seit September 2011 für kirchliche Angelegenheiten zuständig ist, eröffnet. Frau Kuder nahm das Bild vom Salz der Erde auf und würdigte das kirchliche Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, das sich in vielfältigen Aktionen und Angeboten widerspiegelt. Auch die Landesregierung werde weiterhin alles tun, um demokratische Grundwerte zu schützen und Extremismus konsequent zu begegnen.

Das Projekt, so Ministerin Kuder, sei ein wichtiger Mosaikstein, der vielen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus. Lan Böhme von der Bundeszentrale für politische Bildung, die das Programm koordiniert, würdigte die Kirchen als wichtige Akteure für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern. Das Bundesprogramm unterstütze sehr praxisnah die Entwicklung der Demokratie in den ostdeutschen Bundesländern.

»Dörfer nicht sich selbst überlassen«

Eine zentrale Diskussion auf der zweitägigen Konferenz im Ferienland Salem war die Situation der ländlichen Räume in Mecklenburg-Vorpommern. Professor Titus Simon von der Hochschule Magdeburg-Stendal, der Dörfer und deren Perspektiven untersucht, forderte in seinem Eröffnungsreferat die Kirchen auf, sich nicht aus der Fläche zurückzuziehen und sich auf »Sterbehilfe« in entleerten Regionen zu beschränken. Wichtig sei, so Simon, sich ein realistisches Bild vom Leben und den Problemen auf dem Lande zu machen und die Situation nicht zu idyllisieren. Die Dörfer, so Simon, darf man nicht den rechtsextremen Aktivisten überlassen, sondern mit gezielter Förderung zukunftsfähig machen. Beispiele aus Österreich oder Spanien zeigten, dass das möglich ist. Der Wissenschaftler und Krimiautor warnte davor, aus der Perspektive großstädtischer Erfahrungen und Angebote auf die von Abwanderung besonders betroffenen Regionen herab zu schauen. Soziale, geschichtliche und kulturelle Erfahrungen und Gewohnheiten hätten ihre eigenen

Werte und Potentiale. In der kurzen aber kontroversen Diskussion wurde angeregt, kirchliche Ländereien für innovative Projekte zur Verfügung zu stellen.

Erfahrungen mit dem Widerstand in der DDR vermittelte Roman Grafe, der sich seit Jahren mit diesem Thema beschäftigt. In einer Lesung zum Abschluss des ersten Konferenztages las der Journalist aus seiner Anthologie »Anpassen oder Widerstehen in der DDR«, die ganz unterschiedliche Oppositionsbiografien und -perspektiven versammelt. In wie weit die Linke sich von ihrer SED-Vergangenheit emanzipiert hat war einer der Streitpunkte der sich anschließenden Diskussion.

Reges Interesse fand auch der »Präventionskoffer, den Bettina Evert vom Hamburger Schulmuseum zu später Stunde vorstellte. An Hand des Koffers wird die zunehmende Ausgrenzung jüdischer Menschen für Schüler- oder Konfirmandengruppen nacherlebbar.

Demokratie ist Herzenssache

Auch die Mecklenburgische Landeskirche unterstützt das Projekt »Kirche stärkt Demokratie«. Markus Wiechert, Beauftragter der Landeskirchen bei der Landesregierung war ehe von Spornitz nach Salem geeilt, um die Grüße des Bischofs zu überbringen und die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen Einstellungen innerhalb der Kirchen zu betonen.

Otto Herz steht mit seiner ganzen Person für Menschlichkeit und Solidarität. Der emeritierte Professor der Erziehungswissenschaft und Vorkämpfer für eine kindergerechte Schule wirkte alles andere als alt, als er zu Beginn des zweiten Tagungstages, die Teilnehmer auf sehr persönliche Weise zum Nachdenken über ihre Rolle in der demokratischen Gesellschaft bringt. An Hand seiner eigenen Biografie stellt Herz Gelingens- bzw. Misslingsstrukturen für demokratisches Engagement da. Immer wieder wird deutlich, dass mangelnde Zuwendung und Kommunikation Kinder und Jugendliche frustriert und so den Boden für fundamentalistische Ideologien bereitet.

Demokratisches Engagement braucht Wissen. Die Workshops am Sonnabendvormittag, sollten, so Projektmitarbeiterin Antje Augustin, ein praxisnahes Angebot sein. Klaus-Michael Glaser vom Städte- und Ge-

meindetag vermittelte mit Gesetzbuch und eigenen Erfahrungen Grundkenntnisse zur Arbeit der Gemeindevertretung. Größten Zuspruch fanden die Angebote der Evangelischen Akademie zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Kirchgemeinde und von Andreas Speit von der taz zum Verhältnis Medien-Rechtsextremismus. Sich intensiver mit dem Rechtsextremismus auseinanderzusetzen war auch Anliegen von Joachim Nolte von der Bundesarbeitsgemeinschaft »Kirche und Rechtsextremismus«. Er forderte konkrete Solidarität mit den Dresdner Christen, die sich gegen den Naziaufmarsch im Februar engagieren. Zufrieden sahen die Teilnehmer im Abschlussplenum auf die letzten 24 Stunden zurück. Neben der guten Atmosphäre wurde die inhaltliche Dichte gelobt. Für Manchen fast ein wenig zu viel des Guten. Für Ohse und von Rechenberg steht unter dem Strich ein dickes Plus. Die Tagung ist für beide Ansporn an den Menschen und deren Themen dranzubleiben. Auch, wenn, so Karl-Georg Ohse, da noch dicke Bretter zu bohren sind und die Laufzeit des Projekts vorerst bis 2013 begrenzt ist. Wolfgang v. Rechenberg bleibt da gelassen und sieht gute Perspektiven für das Projekt im Rahmen der Nordkirche.

kg

*V.i.S.d.P. : »Kirche stärkt Demokratie« der AG TEO
c/o Karl-Georg Ohse, Bischofstr.4, 19055 Schwerin*



Wenn Odin den Bischof spielt

von Benjamin Lassive

Die Kirchen wollen ihren Kampf gegen den Rechtsextremismus im Land intensivieren. Am Wochenende startete die AG Teo am Wochenende das Programm »Kirche stärkt Demokratie«.

Wenn Bettina Evert künftig nach Mecklenburg-Vorpommern fährt, wird sie eine Gasmasken und einen Stahlhelm in ihrem Koffer haben. Dazu Schulbücher für Wehrkunde und Rassenlehre. Und ein Abzeichen der NSDAP. Bettina Evert ist Mitarbeiterin des Hamburger Schulmuseums. Mit ihrem »Museumskoffer« will sie Schulklassen und Konfirmanden-

gruppen besuchen. «Ich bin überzeugt, dass das Wissen über die Zeit des Nationalsozialismus eine wichtige Präventionsmaßnahme ist«, sagt Evert.

Am Wochenende stellte die Museumspädagogin ihren Museumskoffer auf einer Tagung der »AG Teo« in Salem bei Malchin vor: Die bislang vor allem für ihre «Tage ethischer Orientierung» für Schulklassen und Kindergruppen bekannte Arbeitsgemeinschaft, der Vertreter der beiden großen Kirchen angehören, will sich verstärkt gegen den Rechtsextremismus engagieren. »Wir haben genug Denkschriften gelesen und gute Worte von Synoden und Bischöfen gehört«, sagt Projektleiter Karl-Georg Ohse. Künftig soll es praktischer werden: Mit finanzieller Unterstützung des Bundesinnenministeriums startete die AG Teo das Programm «Kirche stärkt Demokratie». Fachtagungen, aber auch die Unterstützung konkreter Projekte, wie des Hamburger Museumskoffers, sollen zur Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus beitragen. Vor allem in Gegenden wie dem ehemaligen Uecker-Randow-Kreis, in dem die rechtsextreme NPD teils zweistellige Wahlergebnisse erzielte, wolle man »genau gucken, wie sich Kirche als Partner von Schule und Gemeinde stärker gegen rechts engagieren kann.«

In Workshops berichteten in Salem verunsichert wirkende Pastoren von Kindern aus rechtsextremen Familien, die zur Christenlehre kämen, oder beim Martinsspiel mitmachen wollten. Aber was macht man konkret, wenn »der kleine Odin den Bischof Martin spielen will«? Oder wenn ein Mitglied des Kirchengemeinderates sich als NPD-Anhänger zu erkennen gibt? Oft herrscht noch Ratlosigkeit, es fehlen Strategien. Der Magdeburger Professor Titus Simon warnte vor Gegenden, in denen die Demokraten die «Lufthoheit» verlieren. »Wenn die NPD die vermeintlich einzige Kraft ist, die auf die Sorgen der kleinen Leute hört, entsteht eine gefährliche Situation.« Zumal die Rechtsextremisten immer stärker in die Mitte der Gesellschaft vordrängen: In Sachsen-Anhalt etwa sei es dem Landesfußballverband nicht gelungen, von Rechtsextremen gegründete Vereine aus dem Verband auszuschließen. Sie seien an Orten entstanden, wo der traditionelle Fußballverein mangels Mitgliedern eingegangen sei. Die Neonazis hätten die Lücke im System erkannt.

Weswegen sich auch Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU) über das neue Projekt freut. »In der Realität müssen wir erkennen, dass immer mehr Menschen kein Interesse mehr an demokratischen Prozessen und Entscheidungen haben«, sagte die Politikerin. Die Christen würden entscheidend dazu beitragen, dass die Gesellschaft demokratisch und solidarisch bleibe.



Schweriner Justizministerin würdigt kirchliches Demokratie-Engagement

Malchin (epd) Mecklenburg-Vorpommerns Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU) hat das kirchliche Engagement gegen Rechtsextremismus und für das demokratische Gemeinwesen gewürdigt. Immer mehr Menschen hätten kein Interesse mehr an demokratischen Prozessen und Entscheidungen, sagte Kuder am Freitag bei einer Fachtagung zur christlichen Verantwortung für die Demokratie im Ferienland Salem bei Malchin (Kreis Mecklenburgische Seenplatte). Sie sei froh, dass Kirchenvertreter hinausgehen und mit den Menschen ins Gespräch kommen.

Zudem setzten sich Kirchen für die Würde aller Menschen ein und würden demokratie- und fremdenfeindlichen Einstellungen entgegenreten. »Ich bin sehr froh, dass Sie nicht nur das ‘Salz der Erde’, sondern auch das Salz der Demokratie sind«, sagte Kuder zu den Tagungsteilnehmern.

Die zweitägige Tagung mit rund 70 Teilnehmern steht unter dem Motto »Salz der Erde!« und soll Gemeinden ermutigen, sich stärker in gesellschaftspolitische Belange einzumischen und »Rechtsextremisten nicht den öffentlichen Diskurs zu überlassen«, teilte Karl-Georg Ohse von der veranstaltenden Arbeitsgemeinschaft Tage Ethischer Orientierung (AG TEO) mit.

Zugleich sei sie der offizielle Auftakt des Projekts »Kirche stärkt Demokratie«, das Anfang September 2011 in Trägerschaft der AG TEO startete und das in den Kirchen dem Thema Demokratie stärkere Beach-

tung verschaffen soll. Die aktuelle innerkirchliche Debatte über Homosexualität zeige, dass menschenfeindliche Einstellungen auch in der Kirche ein Thema seien, erklärte Ohse.

Der Sozialpädagoge Titus Simon von der Hochschule Magdeburg-Stendal forderte in seinem Eröffnungsreferat, dass sich die Kirchen nicht aus der Fläche zurückziehen und sich auf »Sterbehilfe« in entleerten Regionen beschränken dürfen. Die Erfahrungen als Minderheit prädestinierten die Kirchengemeinden, innovative Angebote für den ländlichen Raum zu entwickeln und die Menschen nicht aus dem Blick zu verlieren, die von Bildungseinrichtungen und Arbeitsmarkt abgeschrieben seien. Diese Menschen dürfe man nicht den rechtsextremen Aktivisten überlassen.

Die Tagung endet am Samstag mit einem Vortrag des Bildungswissenschaftlers Otto Herz (Bielefeld) zum Thema »Demokratie eine Zu-Mutung« sowie vier Workshops. Die AG TEO in Mecklenburg-Vorpommern besteht aus Vertretern der evangelischen Ämter für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen der mecklenburgischen und der pommerischen Kirche sowie dem katholischen Erzbistum Hamburg.

(28.01.2012) Copyright - epd

Auch die rechtsextreme Internetplattform »mupinfo« kommentierte die Tagung:

Ich packe meinen Koffer...

von Jana Grizelski | 30. Januar 2012 | 1 Kommentar

... und nehme mit: eine Gasmaske, einen Stahlhelm, ein Schulbuch für Wehrkunde und ein paar Schmöker über Rassenkunde. Selbst ein NSDAP.-Abzeichen darf nicht fehlen.

Genau so möchte es Bettina Evert praktizieren, wenn sie im Auftrag des Hamburger Schulmuseums künftig Schulklassen und Konfirmandengruppen heimsuchen wird. Mit ihrem »Museumskoffer« möchte sie die Schüler – wen wundert's – zum x-ten Mal über den bösen Nationalsozialismus aufklären – die ewig gleiche Platte eben.

Vorgestellt wurde das neue Projekt am letzten Januarwochenende in Saalem bei Malchin – auf einer Tagung der »Arbeitsgemeinschaft Tage Ethischer Orientierung« (AG Teo). Die kirchliche AG Teo möchte mit ihrem Projekt »Kirche stärkt Demokratie« auch ihr Stück vom Anti-Rechtsförderkuchen abbekommen. Eine Förderzusage durch das Bundesinnenministerium besteht bereits.

In Ermangelung kompetenter Protagonisten – auch die Anzahl der zugezogenen Demokratie-Missionare hält sich schließlich in Grenzen – setzt man nun anscheinend auf Hamburger Personal. Die Museumspädagogin Evert soll schwerpunktmäßig im alten Uecker-Randow-Kreis eingesetzt werden, um den dort ansässigen jungen Heiden das wahre Demokratieverständnis zu predigen.

Daß hierzulande immer weniger Menschen noch etwas vom staatlich verordneten Dummenfang wissen wollen, ist mittlerweile auch in Regierungskreisen angekommen. Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU) begrüßte daher das Vorhaben und schickt – quasi als letztes Aufgebot – die christlichen Missionare freudestrahlend in die Spur. Von deren Wirken erhofft sie sich, daß die Untertanen der Ostprovinzen wieder in den Schoß der demokratischen Gesellschaft zurückkehren.

Service:

Beratung und Fortbildung zum Thema Demokratie und Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern (Auswahl):

»Kirche stärkt Demokratie«
www.teo-kist.de

Landeskoordinierung »Demokratie und Toleranz in MV«
www.mv-demokratie.de

Regionalzentren der RAA MV
(Ludwigslust - Parchim, Nordwestmecklenburg,
Schwerin / Vorpommern-Greifswald)
www.demokratie-mv.de

Regionalzentren der Evangelischen Akademie
(Landkreis Rostock, Hansestadt Rostock / Vorpommern-Rügen)
www.regionalzentren-eamv.de

Regionalzentrum des CJD
(Mecklenburgische Seenplatte)
www.cjd-rz.de

Opferberatung: LOBBI
www.lobbi-mv.de

Betriebliches Beratungsteam des DGB (BBT MV)
www.bbt-mv.de

Landessportbund M-V e.V.
»MoBiS« Mobile Beratung Sport
e.schimansky@lsb-mv.de

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern
www.kriminalpraevention-mv.de

Landesweites Bündnis »WIR – Erfolg braucht Vielfalt«
www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de

Projekte und Fortbildungen zu Demokratie und Rechtsextremismus:

»Kirche stärkt Demokratie«
www.teo-kist.de

Landeszentrale für politische Bildung
www.lpb-mv.de

Netzwerk für Demokratie und Courage NDC
www.netzwerk-courage.de

»Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« MV
www.demokratie-mv.de

Soziale Bildung (sobi) e.V.
www.soziale-bildung.org

Lola für Lulu – Frauen für Demokratie im Landkreis Ludwigslust
www.lola-fuer-lulu.de

Demokratisches Ostvorpommern
www.demokratisches-ostvorpommern.de

Bildungswerk des DGB »Arbeit und Leben«
www.arbeitundlebenmv.de

Veranstalter:

»Kirche stärkt Demokratie« der AG TEO



Gefördert durch das Bundesprogramm:

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Veranstaltungsort:

Am Hafen 1
17139 Salem
Tel.: 03994/234 0
Fax: 03994/234 400
www.kolpingurlaub-mv.de